Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 97. | Sonntag, den 26. April 1903. | 10. Jahrgang.

Hierzu zwei Beilagen und „Die Neue Welt“.

„Nieder mit der Sozialdemokratie!“

I.

J. St. Es ist eine allbekannte Thatsache, daß bei jeder Reichstagswahl der Hauptkampf der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist. Die Vernichtung derselben ist das heißersehnte Ziel, nach dem sie seit dem Bestehen des Reichstagswahlrechtes mit allen erdenklichen Mitteln hinarbeiten. Bald ist es das Erfurter Programm, bald der Zukunftsstaat, was sie sich als Angriffsobjekte ausersehen haben und gegen die sie mit einem bewundernswerthen Muth zu Felde ziehen. Bisher aber war dieser Kampf gegen Windmühlenflügel gerichtet; er brachte der Sozialdemokratie neue Erfolge und den Kämpfern gegen dieselbe Niederlagen. Und so wird es auch ferner sein! Die sozialdemokratische Bewegung ist eben tief in den Verhältnissen begründet, sie ist ein Produkt der heutigen Wirthschaftsweise. Will man sie beseitigen, dann muß man auch dieser Wirthschaftsweise den Garaus machen, muß die heutige bürgerliche Gesellschaftsordnung „umstürzen“. Das aber haben unsere Gegner in den 40 Jahren unseres Bestehens noch nicht eingesehen oder wollen es nicht zugeben, und deshalb nehmen sie auch jetzt wieder unter der Devise: „Nieder mit der Sozialdemokratie“ den Vernichtungkampf gegen diese auf.

In diesem Kampfe wollen nun auch die „Lübecki-schen Anzeigen“ nicht abseits stehen und deshalb öffneten sie jüngst einer Artikelserie „Die Sozialdemokratie ist der Feind“ ihre Spalten. Diese Serie soll eine Betrachtung zum Erfurter Programm darstellen und die bürgerlichen Elemente Lübecks anspornen zum Kampf gegen den Feind von „Kaiser und Reich“, „Staat und Gesellschaft“, „Privateigenthum“ und „Selbstbestimmung des Individuums über sein eigenstes Schicksal“ — als welchen die Sozialdemokratie den Lesern von dem Artikelschreiber vorgestellt wird.

Zunächst zieht der Artikelschreiber gegen den Passus unseres Parteiprogramms: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung ist nothwendigerweise ein politischer Kampf ꝛc.“ zu Felde. Er schlußfolgert aus demselben, daß „die Sozialdemokratie nicht eine Arbeiterpartei, nicht eine Vertretung der Arbeiter-Interessen im gegenwärtigen Staat sei.“ Nach seiner Meinung will die Sozialdemokratie „den Massen nur das Heft in die Hand spielen, um durch sie dem ganzen Staat und der ganzen Gesellschaft eine von Grund auf neue Ordnung vorzuschreiben.“ — Leider bleibt der Artikelschreiber den Beweis für seine Behauptung, die Sozialdemokratie sei keine Arbeiterpartei, schuldig. Er ist auch gar nicht in der Lage, einen solchen liefern zu können, deshalb stellt er einfach die Behauptung auf, ohne sie zu beweisen. Demgegenüber sei der Artikelschreiber, der doch als kritischer Betrachter des Erfurter Programms dieses gelesen haben muß, auf die nächsten Forderungen der sozialdemokratischen Partei zum Schutze der Arbeiterklasse hingewiesen. Er findet dort, daß die Sozialdemokratie zum Zwecke einer wirksamen nationalen und internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung Folgendes fordert:

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags;
b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren;
c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt, Nachtarbeit erheischen;
d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
e) Verbot des Trucksystems.

Falls dem Herrn das noch nicht genügen sollte, sei er an die weiteren, zum Schutze der Arbeiterklasse erhobenen Forderungen erinnert, als da sind:

Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygieine.

Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

Sicherstellung des Koalitionsrechts.

Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Warum hat der Artikelschreiber sich diese Forderungen nicht einmal angesehen, ehe er die sozialdemokratische Partei beschuldigte, keine Arbeiterpartei zu sein? Warum hat er es ferner unterlassen, in seinen Artikeln darauf hinzuweisen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage bei Berathung von Arbeiterschutzgesetzvorlagen vorstehende Forderungen energisch vertreten und bei jeder sich bietenden Gelegenheit die wirthschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse vertreten haben? Die Antwort ist leicht zu finden. Wenn der Artikelschreiber alle diese Thatsachen angeführt hätte, dann wäre das so mühsam errichtete Gebäude zusammengestürzt, dann hätte er nicht behaupten können, die Sozialdemokratie sei keine Arbeiterpartei. Dann wären auch die ganzen nachfolgenden Ausführungen in dem ersten Artikel hinfällig gewesen.

Doch die Absicht des Herrn tritt klar zu Tage; er will eine Arbeiter-Bewegung nach englischem Muster haben. Was sollen die Arbeiter mit Politik! Der „schlichte Mann aus der Werkstatt“, der nur seine wirthschaftlichen Interessen vertritt und im Uebrigen den Herren Grafen, Kommerzienräthen ꝛc. das Politikspielen überläßt, ist sein Ideal. „Man denke sich, daß die deutsche Arbeiterschaft in solcher Weise kämpfen würde! Was könnte sie dann alles erreichen! Wir leben ja im Lande des Allgemeinen Wahlrechts, und sie — die Arbeiterschaft insgesammt — hat mindestens vier Millionen Stimmen in die Wagschale zu werfen!“ — Die deutsche Arbeiterschaft wird sich durch solche Ausführungen nicht von ihrem alten, bewährten Wege abbringen lassen; sie weiß, daß sie nur dann etwas erreichen kann, wenn sie neben der gewerkschaftlichen auch die politische Bethätigung durchführt. Den besten Beweis für die Nothwendigkeit der Letzteren hat sie bei der Zuchthausvorlage erhalten. Hier wollte man die Bewegungsfreiheit streikender — also ihre wirthschaftlichen Interessen vertretender — Arbeiter eindämmen, wollte einen Streik nahezu unmöglich machen. Und hier waren es die Nationalliberalen — zu denen sich der Artikelschreiber doch jedenfalls auch rechnen wird — welche dieser Vorlage insofern zustimmten, als sie sich mit einer Verschärfung der Strafbestimmungen des § 153 der Gewerbe-Ordnung einverstanden erklärten. Sie wollten also den dem Arbeiter vom Artikelschreiber so warm empfohlene Gebrauch der wirthschaftlichen „Freiheit“ mit schweren Strafen geahndet wissen. Wer da innerhalb der Arbeiterschaft noch der Meinung war, die wirthschaftliche Bethätigung genüge, um eine dauernde Besserstellung der Arbeiter herbeizuführen, der ist eines anderen belehrt worden, der hat eingesehen, daß wirthschaftliche Freiheit ohne politische ein Unding ist.

Dieser Auffassung bricht sich auch bereits in den Kreisen der vom Artikelschreiber zum Beweis für seine Behauptungen angeführten englischen Arbeiterschaft Bahn. Auf verschiedenen Kongressen großer englischer Verbände hat sich die überwiegende Mehrheit für die direkte politische Bethätigung ausgesprochen, hat anerkannt, daß nur durch die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel die Befreiung der Arbeiterklasse erfolgen könne. Und es ist zu erwarten, daß sich dieser Grundsatz in Bälde auch bei den übrigen Trades-Unionisten Geltung verschafft und so die englische Arbeiterklasse ihre dann vorhandene Machtstellung in ihrem eigenen Interesse ganz ausnutzt. — Hier ist nun wohl auch die Frage am Platze: Was hat denn diesen erfreulichen Umschwung bei der englischen Arbeiterschaft verursacht? Der Artikelschreiber giebt uns hierauf eine Antwort. Er meint nämlich: „Inzwischen ist es allerdings der Sozialdemokratie gelungen, auch in das englische Gewerkvereinswesen einzudringen, ihm die Massen der ungelernten Arbeiter als treibende Kraft einzuverleiben und durch sie den politischen Machtgedanken wieder zu erwecken.“ Welche Beweisführung! Einerseits freut sich der Verfasser darüber, daß die englischen Arbeiter von der Sozialdemokratie noch nichts wissen wollen, und daß der Einfluß der Letzteren nur ganz minimal sei und andererseits soll es denselben unbedeutenden Sozialdemokraten gelungen sein, den ursprünglichen Charakter der Trade-Unions zu verwischen, indem sie die ungelernten Arbeiter als treibende Kraft der Gewerkschaftsbewegung einverleibten. Nicht die Sozialdemokratie aber war es, welche die Massen der ungelernten Arbeiter als Keil zwischen die alten Stämme schob, sondern die wirthschaftlichen Verhältnisse. Mit dem Wachsthum des Industrialismus ging Hand in Hand eine immer weiter um sich greifende Arbeitstheilung, die noch vermehrt wurde durch die Erfindung neuer Maschinen. Der Arbeiter sank schließlich zum Sklaven der Maschine herab: er verrichtete nur noch Handgriffe. Das bedingte naturgemäß auch ein mächtiges Anschwellen der Zahl der ungelernten Arbeiter, mit denen die gelernten Arbeiter, wenn sie etwas erreichen wollten, rechnen mußten. Deshalb gaben sie ihren bisherigen zünftlerischen Standpunkt auf und machten mehr oder minder gemeinsame Sache mit den ungelernten Arbeitern. Doch das war es nicht, was die Arbeiter auch auf die politische Bahn drängte. Es war vielmehr die Erkenntniß, daß die Arbeiterklasse verrathen sei, wenn sie sich nur auf den gewerkschaftlichen Kampf beschränkt. Der Verlauf des großen Ausstandes der englischen Maschinenbauer hat dieser Erkenntniß vorgearbeitet. Sie erhält immer neue Nahrung durch die von der Gesetzgebung und Rechtsprechung unterstützten Kämpfe gegen die englischen Gewerkschaften. Die gegen Letztere gefällten Urtheile haben wohl selbst dem fanatischsten Gewerkschaftler die Augen darüber geöffnet, daß die Arbeiterklasse, so lange sie nicht die politische Macht besitzt, trotz starker gewerkschaftlicher Organisationen ein Spielball ist in den Händen der politischen Machthaber, die mehr oder minder direkt oder indirekt identisch sind mit den Königen des Wirthschaftslebens.

Die deutsche Arbeiterklasse hat sich bereits vor Jahrzehnten zu dieser Erkenntniß durchgerungen; sie weiß, daß sie — um mit dem Erfurter Programm zu reden — „ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln kann, ohne politische Rechte.“ Deshalb erstrebt sie die Eroberung der politischen Macht. Inzwischen aber versucht sie, die Lage ihrer Angehörigen schon in der heutigen Gesellschaftsordnung zu verbessern, sie beim Verkauf ihrer einzigsten Waare Arbeitskraft gegen übermäßige Ausbeutung zu schützen. Auf diesem Wege wird die deutsche Arbeiterklasse, trotz aller Abmahnungen, auch fernerhin weiterschreiten; sie wird auch am kommenden 16. Juni durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel ihrem Ziele, der Eroberung der politischen Macht, wieder ein bedeutendes Stück näher rücken!

Politische Rundschau.

Deutschland.

So schnell schießen die Preußen nicht. Die Nachricht der „Frkft. Ztg.“, daß die Handelsvertrags-Verhandlungen schon ziemlich weit gediehen seien, scheint sich nicht zu bestätigen. Wie dasselbe Blatt jetzt mittheilen muß, haben überhaupt noch keine materiellen Verhandlungen über Handelsverträge mit Rußland oder mit einem anderen Staate stattgefunden. Vorläufig verhandeln noch die verschiedenen Ressorts im Reiche und in Preußen über die Grundlagen, auf die hin man in Verhandlungen mit anderen Staaten und zwar wahrscheinlich zunächst mit Rußland eintreten werde. Das wird in naher Zeit geschehen können und dann erst werden die Verhandlungen theils in Berlin, theils in Petersburg geführt werden.

Die Freisinnige Vereinigung veröffentlicht ihren Wahlaufruf. Derselbe wendet sich gegen die klerikale und protestantisch-orthodoxe Unduldsamkeit sowie gegen die agrarische Interessenpolitik. Er fordert günstige Handelsverträge, Sicherung des Koalitionsrechts, keine weiteren indirekten Steuern, „Erhaltung unserer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande“ usw. Interessant ist, daß der Aufruf, um die bekannten militaristischen Neigungen der Partei zu verschleiern, der soeben zitirten Forderung hinzugefügt: „Bekämpfung jedes Militarismus, der die Zivilbevölkerung von der Militärbevölkerung durch Standesvorurtheile und gesonderte Ehrbegriffe trennen will“. Das ist, wie ziemlich das ganze Programm der freisinnigen Partei, ein Widerspruch und eine Halbheit zugleich. „Erhaltung der Wehrkraft kann nur sagen wollen: Bereitschaft weitere Vorlagen zu bewilligen dem Militarismus, dem jetzigen Militarismus, dessen ganzes Wesen heute darin besteht, die Zivilbevölkerung von der Militärbevölkerung zu trennen. Will man diese Trennung ernstlich beseitigen, so muß man Beseitigung aller Privilegien aus der Armee und weitgehende Verkürzung der Dienstzeit fordern. Mit der Sozialdemokratie beschäftigt sich der Aufruf nur an einer Stelle. Es wird da gesagt:

> „Zur Sicherung ihrer Herrschaft würden die reaktionären Parteien nicht zögern, auch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht anzutasten. Als erwünschter Vorwand dient ihnen das fortgesetzte Anwachsen der Sozialdemokratie, das nicht zum wenigsten die Folge einer rückständigen Wirthschaftspolitik ist. Diesen reaktionären Plänen arbeitet die Sozialdemokratie in die Hände durch die unablässige Verketzerung aller derjenigen Bestrebungen zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen, welche von nichtsozialistischer, insbesondere auch von liberaler Seite ausgegangen und nicht ohne Erfolg geblieben sind.“

Das ist eine Geschichtsblätterung, die lediglich beweist, daß das liberale deutsche Bürgerthum — soweit davon noch etwas vorhanden ist — seine eigenen politischen und wirthschaftlichen Sünden nimmer erkennen will. Hätte sich das Bürgerthum nur etwas steifnackiger im Laufe der Zeiten gehalten, so hätte die Reaktion niemals die Macht erreichen können, die sie jetzt thatsächlich besitzt und die ihr einzig und allein — das ist schlimm genug für das Bürgerthum! — von der Sozialdemokratie streitig gemacht wird. Statt also die Sozialdemokratie der Mitschuld anzuklagen, hätte die Freisinnige Vereinigung nach Zöllnerart an die eigene Brust schlagen sollen.

Eine „freche Lüge“ hat das Organ Eugen Richters die Behauptung unserer Oldenburger Parteigenossen genannt, ein Anhänger Richters habe im Reichstage ausgerufen:

Lieber mit Kröcher als mit Barth. Jetzt weist nun die „Zeit" des Herrn Naumann nach, daß jene Aeußerung thatsächlich gethan wurde. Der Ausruf fiel, als Herr Richter im Zollkampf eine seiner denkwürdigen Reden gegen die „Obstruktion" gehalten, leider aber ganz vergessen hatte, Herrn v. Kröcher auf seine Sozialistengesetzrede auch nur mit einem Wort zu antworten. Als ihm nämlich Dr. Barth zurief „Und wo bleibt Kröcher?", da erscholl es aus den Reihen der Freisinnigen Volkspartei: „Lieber mit Kröcher als mit Barth!" Nähere Information über den Vorfall kann sich die „Freisinnige Zeitung„ bei dem Abgeordneten Fischbeck einholen. Sie wird ja dann wohl ihren Vorwurf gegen die Oldenburger Sozialdemokraten zurücknehmen, meint der optimistische Herr Naumann. Ob er da nicht die Wahrheitsliebe der „Freisinnigen Zeitung" überschätzt?

Das gesunde Rindvieh. In Simmern (Kreis Kreuznach) schloß ein Redner in einer Versammlung seine Rede mit folgenden Worten: „Auf dem Hunsrück brauchen wir ein gesundes und kräftiges Rindvieh, das rein ist von Maul- und Klauenseuche. Darum wählen wir unsern bewährten alten Abgeordneten wieder." Der bewährte Abgeordnete ist — der heilige Paasche.

Es regnet jetzt förmlich Interpellationen. Die Zentrums-Abgeordneten Kohl und Gerstenberger haben mit Unterstützung der Zentrumsfraktion im Reichstag noch die folgende Interpellation eingebracht: „Aus welchen Gründen hält der Herr Reichskanzler die Prüfungsvorschriften für die Fleischbeschauer in den Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 mit diesem Gesetze vereinbar, obschon dieselben den bei Berathung des Gesetzes zum Ausdruck gekommenen Absichten nicht entsprechen, und ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Aenderung herbeizuführen?"

Sünden des Kleinhandels. Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht die „Kölnische Zeitung" folgende recht beherzigenswerthe Mahnung: „Wir haben des öfteren darauf hingewiesen, welchen schweren Fehler Zwischenhandel und Einzelhandel machen, wenn sie nicht rechtzeitig dem Sinken der Großpreise Rechnung tragen, während sie stets sofort bereit sind, jedes Steigen der Großpreise auf ihre Einzelabnehmer abzuwälzen, indem sie alsbald die Preise im Einzelhandel erhöhen. Die Folge ist nicht nur eine wachsende Verbitterung der Kunden, sondern bei günstiger Gelegenheit ein Zusammenschließen derselben zu Genossenschaften, zu Einkaufsvereinigungen und eine Bevorzugung der oft nur scheinbar entgegenkommenden Waarenhäuser. Diese Ausschaltung des sehr nützlichen Zwischenhandels macht auf diese Weise große und im Interesse des Volkswohlstandes bedauerliche Fortschritte. Noch vor wenigen Jahren hielt sich in Hamburg der Kaffeepreis auf ungefähr 60 bis 70 Pf., heute ist er auf dem Tiefstand von 25 Pfg. gesunken. Unsere Hausfrauen werden bestätigen, daß sie bei ihren kleineren Einkäufen vom diesem Preissturz im Großhandel so gut wie nichts gemerkt haben. Glauben die Kaffeehändler, daß damit dauernd ihren Interessen genutzt wird?" — Wenn wir so etwas schreiben, dann weiß man nicht laut genug zu schreien über die Vernichtung des Mittelstandes, die als Ziel der Sozialdemokratie hingestellt wird. Der unentwegte Freisinnsmann fühlt sich darin einig mit dem stockkonservativen Mucker. Was aber sagen diese Heulmeier nun zu den obigen Ausführungen der doch sehr „staatserhaltenden" nationalliberalen „Köln. Zeitung"?

Militärische Wahlrechts-Entziehung. Aus Magdeburg wird gemeldet: Bei der am Dienstag hier abgehaltenen Kontroll-Versammlung wurde den anwesenden Mannschaften der Reserve-Artillerie mitgetheilt, daß sie am 16. Juni, also gerade am Tage der Reichstagswahl, zu einer Uebung eingezogen werden würden." — Es ist dringend nöthig, daß die obere Behörde diese ungeheuerliche Wahlrechts-Entziehung aufhebt.

Ultramontane Kampfesweise. Im Anschluß an den Fall Hüssener in Essen veranstalteten bekanntlich unsere Essener Genossen zwei Versammlungen, um gegen das ganze gegenwärtige Militärsystem, das zu solchen Ausschreitungen nothwendigerweise führt, zu protestiren. In einer Versammlung kam es zwischen unserm Genossen Haenisch und dem christlichen Arbeitersekretär Aost, der ultramontaner Reichstagskandidat für Duisburg ist, zu erregten Debatten, wobei Aost behauptete, selbst unser Genosse Bebel habe sich 1893 in einer Reichstagskommission dahin ausgesprochen, daß die politische Situation in Europa die Erhaltung des stehenden Heeres durch die Milizarmee unmöglich mache und deshalb auch die Sozialdemokratie der Regierung jeden Mann und jeden Groschen bewilligen müsse. Trotzdem unsererseits dem christlichen Lügenpatron der Unsinn seiner Rede nachgewiesen wurde — denn 1894 wurde doch gerade der Reichstag aufgelöst, weil die Sozialdemokraten und auch der größte Theil des Zentrums selbst die Militärvorlage ablehnte — hatte er die Unverschämtheit, zu behaupten, er habe unanfechtbares Material. Dem Genossen Bebel wurde sofort davon Mittheilung gemacht. Jetzt erklärt er in der Dortmunder „Arbeiterzeitung" die Behauptung dieses noblen Zentrumschristen für eine dreiste Lüge und bezeichnet den Menschen selbst als einen Verleumder.

Kleine politische Nachrichten. In Klausenburg wurden Mittwoch von den meisten Gebäuden der gemeinsamen Armee die Doppeladler herabgerissen und beschmutzt. Zwischen Warasdin und Gjakaburn wurde die Bahnverbindung mit Gendarmerie besetzt, da ein kroatischer Anschlag gegen die Militärverstärkungen besorgt wird. — Das englische Unterhaus lehnte den Antrag, den Zoll auf Thee um zwei Pence für das Pfund zu ermedrigen, mit 184 gegen 76 Stimmen ab. — Bei vier von den fünf Soldaten, welche in Pretoria wegen Ermordung eines Kameraden bei dem jüngsten militärischen Aufstande zum Tode verurtheilt waren, ist die Strafe in Zwangsarbeit umgewandelt worden. — Das „Reuterische Bureau" meldet aus Peking, daß der Hof in die verbotene Stadt zurückgekehrt sei.

Frankreich.

Der Kampf gegen Rom. Als der Friedensrichter Freitag am Kloster der Kapuziner zu Versailles die Siegel anlegen wollte, wurde er von ungefähr 500 Personen, welche in der Kirche des Klosters die Messe hörten, umringt und gezwungen, über die Mauer des Klosters zu entfliehen. — In der Frage der Schließung der Wundergrotte von Lourdes kam ein Kompromiß zustande. Lourdes wird dennoch ausschließlich von Weltgeistlichen verwaltet. Der Behörde verantwortlich wird ein Pfarrer mit Bischofstreuz sein. — Auf Korsika weigern sich sämmtliche Männerorden, dem Befehle, sich aufzulösen, nachzukommen. Sie erklärten, nur der Gewalt weichen zu wollen. — Anläßlich der Verurtheilung der bei den Unruhen am 22. April in Poitiers Verhafteten kam es Freitag abermals zu Kundgebungen; fünf Verhaftungen wurden vorgenommen.

Holland.

Nach dem Generalstreik. Die Hafenarbeiter in Amsterdam haben sich den Bedingungen der vereinigten Arbeitgeber unterworfen. Die Zahl der Ausgesperrten ist ungefähr 200. Die Gesammtzahl der Opfer des Generalstreiks beträgt jetzt ungefähr 2700. Vornehmlich bei den Eisenbahnern, die keine Spezialarbeiter sind, giebt es viele absolut rathlose Menschen. Verschiedene kleinere Ausstände dauern noch fort. Die Regierung hat die Staatskommission zur Untersuchung der Lage der Eisenbahner ernannt. Zwei Freisinnige und zwei christliche Demokraten nebst einigen Neutralen sind darin vertreten. Reaktionäre Führer sitzen nicht darin. Die Regierung scheint zu bezwecken, das Vertrauen des Eisenbahnpersonals zu gewinnen.

China.

Wie Rußland die Mandschurei „räumt". Eine Londoner Depesche des „Reuterschen Bureaus" aus Peking meldet, Rußland habe China benachrichtigt, daß es keine weiteren Schritte zur Räumung der Mandschurei thun werde, bis China ein Abkommen unterzeichne, durch welches es Rußland die Souveränetät über die Mandschurei in Wirklichkeit abtritt und andere Nationen von dem Lande ausschließt. Eine weitere Depesche des „Reuterschen Bureaus" aus Peking meldet dann noch, die China von Rußland bezüglich der Mandschurei gestellten Bedingungen seien folgende: 1. Es sollen keine mandschurischen Häfen oder Städte mehr dem fremden Handel geöffnet werden; 2 keine fremden Konsuln sollen neu zugelassen werden; 3. keine Fremden, mit Ausnahme von Russen, sollen in dem öffentlichen Dienst der Mandschurei angestellt werden; 4. der Stand der Verwaltung in der Mandschurei bleibt unverändert; 5. die Zolleinnahmen des Hafens Niutschwang sollen der „Russisch-Chinesischen Bank" übergeben werden; 6. unter russischer Kontrolle soll ein Gesundheits-Ausschuß gebildet werden; 7. Rußland soll das Recht haben, Telegraphendrähte und -Pfähle an alle chinesischen Linien in der Mandschurei anzuschließen; 8. kein zur Mandschurei gehöriges Gebiet darf an eine andere Macht veräußert werden. Prinz Tsching hat diese Bedingungen abgelehnt. — Die Bewilligung dieser Bedingungen, an der kein Mensch trotz der „Ablehnung" des Prinzen Tsching zweifeln wird, bedeutet in Wahrheit den Anschluß der Mandschurei an das russische Reich. Dieser war längst zu erwarten. Von besonderer Bedeutung ist der Kautschuk-Paragraph 8 der russischen Bedingungen. Was heißt „zur Mandschurei gehöriges Gebiet"? Darunter kann ein geschickter Ausleger ganz China verstehen, das von der Mandschu-Dynastie beherrscht wird, und die russische Diplomatie wird im Auslegen keine zarten Bedenken walten lassen, da dies nie ihre Gewohnheit gewesen ist. So heimst Rußland als einzige Macht die Kastanien ein, die ihm die europäischen Kreuzfahrer aus dem chinesischen Feuer geholt haben.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 25. April 1903.

Diejenigen Reichstagswähler, welche ihren Zuzug oder letzten Wohnungswechsel dem Meldeamte bisher nicht angezeigt haben, werden in einer Bekanntmachung des Polizeiamts aufgefordert, die Anzeige ungesäumt zu machen. — Wenn die Wählerlisten einigermaßen ordnungsmäßig ausgearbeitet werden sollen, dann ist es nothwendig, daß obige Bekanntmachung befolgt wird.

Auch eine Ausrede! Auf unsere Kennzeichnung des Mannesmuthes der Freisinnigen verkriecht sich das Organ der Letzteren hinter der Ausrede, den Sozialdemokraten sei nur deshalb s. Zt. die Redefreiheit in öffentlichen freisinnigen Versammlungen auf 15 Minuten beschränkt worden, um „einen Mißbrauch der Redefreiheit zu verhindern." Das Blatt begründet diese „unbeschränkte Redefreiheit von 15 Minuten" wie folgt: „Wem 15 Minuten nicht genügen, der muß eben seine Parteifreunde veranlassen, ihm mehr Gelegenheit zum Sprechen zu verschaffen. Das Hauptwort in einer Versammlung gehört den Einberufern und nicht, wie es jüngst noch in einer nationalsozialen Versammlung war, den Sozialdemokraten." — Es liegt uns vollständig fern, den Einberufern irgend einer gegnerischen Versammlung das Hauptwort in derselben zu nehmen, ganz abgesehen davon, daß doch dem Referenten immer das Schlußwort zusteht. Was wir aber von einem ehrlichen Gegner verlangen können, daß ist, daß man uns auch in der Diskussion ausreichende Gelegenheit giebt, die gegen uns erhobenen Vorwürfe zu widerlegen, auch unseren Standpunkt gegenüber dem gegnerischen zu vertreten. Hierzu reicht eine Redezeit von 15 Minuten natürlich nicht aus. Daß man da auf freisinniger Seite das durchaus berechtigte Verlangen nach einer unbeschränkten Redezeit in der Diskussion — wie es unsererseits sämmtlichen Gegnern in unseren Versammlungen gewährt wird — als „Mißbrauch der Redefreiheit" bezeichnet, ist charakterisisch für diese Leute. — Uebrigens kann die Kampfesweise dieser Partei nicht treffender illustrirt werden, als durch die im ersten Satz der Begründung liegende Behauptung, unsere Genossen nähmen nur deshalb das Wort in gegnerischen Versammlungen, um zu reden. Diesen Vorwurf zu widerlegen, halten wir für überflüssig; er ist es nicht werth! — Die Reichstagswähler aber ersehen hieraus, daß man auch auf freisinniger Seite den offenen, ehrlichen Kampf, dessen Vorbedingung die unbeschränkte Redefreiheit in Versammlungen ist, scheut! Das festzustellen, genügt uns!

-o- **Eine nationalsoziale Versammlung,** in der Herr Pfarrer Naumann über „Welthandel, Machtpolitik und Sozialreform" sprach, fand Freitag Abend in den „Zentralhallen" statt. Bereits um ½9 Uhr wurden die Saalthüren geschlossen, obwohl noch für hunderte von Personen in dem geräumigen Lokal Platz vorhanden war. Wie gewöhnlich setzte sich die Zuhörerschaft zum weitaus größten Theil aus unseren Parteigenossen zusammen; daneben waren noch einige wenige Kaufleute und im Uebrigen der Stamm der Nationalsozialen, Lehrer und Postbeamte, erschienen. In seinem 1½stündigen Vortrage sprach sich der Führer der Nationalsozialen zunächst ein Langes und Breites über die Wichtigkeit des Kaufmannsstandes im wirthschaftlichen Leben der Nation aus, wobei er zugleich die lässige Bekämpfung des Zolltarifs durch die führenden Kreise der Hansestädte bedauerte. Durch den Zolltarif mit seinen hohen Lebensmittelzöllen werde die Kaufkraft des Volkes vermindert, während aber gerade deren Erhöhung im Interesse des Handels liege. Die aufsteigende Lebenshaltung der Arbeiter nütze nämlich ganz besonders den Handelsstädten, weshalb es auch ganz grundfalsch sei, wenn sich die Kaufmannschaft bei Lohnkämpfen unsozial verhalte. Gelungene Lohnkämpfe im Hinterlande bedeuteten stets eine Konsumsteigerung, von der aber wiederum der Handelsstand besonders profitire. Das Streikpostenverbot, das s. Zt. Lübeck erließ, war deshalb auch unkaufmännisch gedacht; man hatte einfach den Zusammenhang zwischen Handel und freier Entwickelung nicht begriffen. Auch die Ablehnung der Verkürzung der Arbeitszeit durch die lübsche Handelskammer, als deren Arbeiter darum einkamen, sei unkaufmännisch gewesen. Ein Arbeiterstand, der nach dem Motto „billig und schlecht" behandelt werde, liege niemals im Interesse des Handelsstandes. Welthandel ohne Sozialreform zu treiben, gehe nicht an. Um aber den Welthandel energisch betreiben und schützen zu können, sei ein starkes Heer und eine starke Flotte nothwendig, weil durch den Welthandel Rivalität unter den Völkern erzeugt wird. Mit der Aufforderung, den nationalsozialen Kandidaten, der alle diese Anschauungen vertrete, die er, Redner, soeben entwickelt habe, schloß der Vortrag, der bei den Nationalsozialen lebhaftesten Beifall erweckte. Nach einer kurzen Pause erhielten unsere Genossen Wissell und Friedrich das Wort zu einer halbstündigen Erwiderung. Eine längere Ausdehnung der Debatte wollte der Vorsitzende, Herr Oberpostassistent Klein, nicht zulassen, da um 12 Uhr bereits die Versammlung geschlossen werden müsse. Beide Redner ließen es sich angelegen sein, die Halbheiten in der nationalsozialen Anschauung nachzuweisen und forderten die Versammlung auf, am 16. Juni einmüthig für die Wiederwahl des sozialdemokratischen Kandidaten Th. Schwartz einzutreten. Beiden Rednern wurde Beifall in reichem Maße zu Theil. Nunmehr hielt Herr Tischendörfer eine Ansprache, in der er sich als „schlichten Mann der Werkstatt" vorstellte, um dann den üblichen Lobgesang auf Vermehrung von Heer und Flotte anzustimmen. Die Versammlung gerieth schließlich in eine förmliche Uktstimmung, weil Herr Tischendörfer nicht verfehlte, vielfach unfreiwillig Heiterkeit zu erregen. Nach einer kurzen Erwiderung unseres Genossen Wissell, in der dieser nochmals das Verfehlte einer nationalsozialen Kandidatur nachwies, und einem Schlußworte Naumanns wurde die Versammlung geschlossen, mit deren Erfolge für unsere Partei wir durchaus zufrieden sein dürfen. Ob auch die Nationalsozialen das Gleiche von sich sagen können, wird der Wahltag ausweisen.

Das Amtsblatt richtet an uns die Anfrage, warum wir keine Notiz genommen haben von dem Beschluß der Hamburger Akkordmaurer, den 1. Mai nicht zu feiern. Wir bemerken demgegenüber, daß es doch unsere Sache ist, das mitzunehmen, was uns beliebt. Die Hamburger Akkordmaurer haben sich bereits früher als das entpuppt, was sie sind, nämlich als Arbeitswillige. Von den Beschlüssen solcher Verräther an der Arbeitersache irgendwelche Kenntniß zu nehmen, lag deshalb gar keine Veranlassung vor. — Möge das Amtsblatt für die Folge vor seiner eigenen Thüre kehren.

Eine Volksversammlung findet am kommenden Sonntag im „Krummesserbaum" in Krummesse statt. Genosse Th. Schwartz wird über „Die bevorstehenden Reichstagswahlen" referiren und sich den Wählern vorstellen. Die hiesigen Genossen, welche an dieser Versammlung theilnehmen wollen, werden ersucht, sich um 4½ Uhr beim Krankenhause einzufinden.

Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen ferner die Arbeiter folgender größeren Betriebe: Schiffswerft von Henry Koch, Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft, W. Schröder, Kupferschmiede, G. Schärffe, Maschinenfabrik und Drägerwerk.

Von der Bauarbeiter-Schutzkommission wird uns geschrieben: „Der angestellte Baukontrolleur richtet sein Hauptaugenmerk auf die Privatbauten und es muß anerkannt werden, daß manche Mißstände infolge dieser Kontrolle abgestellt worden sind. Zu wünschen wäre aber, daß der Kontrolleur auch den Staatsbauten seine Aufmerksamkeit zuwenden und hier eine strenge Kontrolle vornehmen würde. Uns gehen gerade von diesen die häufigsten Beschwerden über Mißstände beim Aborthwesen zu. So ist z. B. auf dem Bau in der Catharinenstraße (Meyerscher Platz), Bauunternehmer Burmeister, der Abort sehr schlecht eingerichtet. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß der Baukontrolleur auch die Staatsbauten mit in seine Kontrolle einbezieht."

Zur Lohnbewegung der Schuhmacher theilt uns die Lohnkommission mit, daß, wie schon gemeldet, der größte Theil der Arbeitgeber die Forderungen anerkannt hat. Nur die Herren Innungsmeister, bei denen 25 bis 30 nicht organisirte Gehülfen beschäftigt sind, sehen sich nicht veranlaßt, dieselben zu bewilligen Sie behaupten, diese seien unberechtigt. Ist es denn aber unberechtigt, wenn die Gehülfen bei 9½stündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 38 Pfg. fordern? Zwar ist es traurig genug, wenn ein Theil der Schuhmachergehülfen lieber 12 bis 14 Stunden sich abrackert und dann mit 13—15 Mark nach Hause geht, hierüber können aber doch die organisirten Schuhmacher nicht leiden. Deshalb richtet die Lohnkommission an die hiesige Arbeiterschaft die dringende Bitte, nur diejenigen Geschäfte zu berücksichtigen, welche die berechtigten Forderungen anerkannt haben. — (Die Namen derjenigen Meister, welche nicht bewilligt haben, sind im Inseratentheil der heutigen Nummer veröffentlicht.)

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Nach den Mittheilungen des Herrn Grünau über den Gautag in Schwerin, der am 5. April stattfand, berichtete der 2. Vorsitzende über die Entschließungen des Spielplatzausschusses betreffend Eröffnung des Luftbades. Mitgetheilt wurde ferner, daß Herr Dr. Schlüter im Mai einen Kursus in der Anwendungsform abhalten wird. Der Kursus ist nur für Damen berechnet. Im September hält im Verein Herr Direktor Otto Wagner einen gleichen Kursus für Herren und Damen ab. Nach der Ausloosung der Gutscheine in der Höhe von 300 Mk., wurden noch einige Redner für die kommende Vortragszeit vorgeschlagen. Weiter wurden dem Vorstande einige Anregungen betreffend Wanderungen und Besichtigungen für die Sommerzeit in Vorschlag gebracht. Ihre Erfüllung und Beachtung konnte zugesagt werden.

Ein Schadenfeuer kam gestern Nachmittag in dem Lagerkeller der Firma Buhrmann in der Holstenstraße zum Ausbruch. Die Entstehungsursache ist folgende: Der Lehrling Hauboldt hatte daselbst eine Flasche mit Fußbodenglanzöl zu füllen. Um sich nun zu überzeugen, ob

die Flasche gefüllt sei, zündete H. ein Streichholz an und kam damit der Flasche zu nahe. Das Oel fing Feuer und verbreitete sich nun, da H. die Flasche fallen ließ, über den ganzen Keller. H. erlitt schwere Brandwunden im Gesicht und an den Händen und mußte in das Krankenhaus geschafft werden. Das Feuer wurde in kurzer Zeit von der Feuerwehr gelöscht.

Gestrandet ist bei Dahme der schwedische Schooner „Hilda", mit einer Ladung Brennholz von Pataholm nach hier unterwegs. Das Schiff ist total wrack. Voraussichtlich wird die Ladung geborgen werden können.

Im Konzerthaus Fünfhausen finden am Sonntag und Montag Vorstellungen von Davenports „Kontinental Olympia-Theater" statt. Ueber den eigenartigen Künstler schreiben auswärtige, uns vorliegende Blätter: Mr. Davenport ist einer der gewandtesten Illusionisten, Ventriloquisten, Physiognomiker und Mimiker. Seine Nummern sind stets neuartig und frappirend. In seinem Gefolge befinden sich die weltbekanntesten Perroquets. Dieselben arbeiten am dreifachen Reck, schlagen Saltomortale, fahren Velociped, sind Gedankenleser usw. Ein ausgezeichneter Physiognomiker ist sodann Mr. Davenport, der beste Transformations-Blitz-Mime der Gegenwart, dessen mimisch-plastische Darstellungen berühmter Dichter-, Denker-, und Parlamentarier an Charaktertreue und Portraitähnlichkeit unerreicht dastehen. Erheiternd und unterhaltend sind die aus 8 Personen bestehenden „Androiden-Truppe." Außerdem wird Mr. Davenport die allerneueste Illusion „Das Mädchen mit dem goldenen Haar" vorführen.

Vor dem Kriegsgericht, das zur Abwechslung gestern infolge Platzmangels in unseren Kasernen im Strafkammersaale tagte, hatten sich die Matrosen Koth und Bader von der 1. Matrosendivision in Kiel wegen gemeinschaftlichen Diebstahls, Fahnenflucht resp. Beihülfe zu verantworten. Der Angeklagte Koth hat in Gemeinschaft mit dem kürzlich abgeurtheilten Arbeiter Prien eine ganze Reihe von Einbruchsdiebstählen verübt. Zunächst stahlen sie einem Reisegefährten dessen Portemonnaie, dann drangen Koth und Bader in Billwärder in die Wohnung eines Händlers ein und entwendeten hier eine ganze Reihe von Sachen. Die nächsten Diebstähle hat K. theils allein, theils mit Prien ausgeführt. So ist K. Nachts bei dem Arbeiter Dunkelmann eingebrochen und hat hier 141 Mark gestohlen. Dem Barbier Heuer entwendete er auf gleiche Weise 80 Mk. und verschiedene Gegenstände, dem Klempner Frahm in Gemeinschaft mit E. mehrere Sparkassenbücher, 90 Mark baares Geld ꝛc. Dann wurden noch verschiedene Geschäftsleute hier und in Herrnburg heimgesucht. Koth bestritt fast alles, wurde aber überführt und zu 8 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Ausstoßung aus dem Heere verurtheilt. Bader erhielt 2 Monate Gefängniß. Letzterer ist bereits wegen anderer Diebstähle in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt worden.

Vom Herzschlage getroffen stürzte gestern Nachmittag am Kohlmarkt der Privatier Biß zusammen. Man schaffte den anscheinend Ohnmächtigen in das Geschäft von Grube, jedoch konnte nur noch der Tod des Mannes festgestellt werden.

Das Panorama, welches am 3. Mai seine Pforten schließen wird, bringt zum Schluß noch eine interessante Serie aus Oberbayern. Es wechseln reizende Gebirgspartien mit prächtigen Alpenszenerien und vielbesuchten Touristenorten ab. Vor allen fesselt uns Tegernsee mit dem Schloß des berühmten Augenarztes Herzog Karl, dann Bayrisch Zell mit dem Wendelstein, das Rottagthal, Bad Krauth, der Schliersee ꝛc. Der Besuch des Panoramas kann in kommender Woche nur empfohlen werden.

pb. **Schwindel.** Mitte März d. Js. erschwindelte sich ein Unbekannter in einem hiesigen Zigarrengeschäft auf den Namen eines bekannten Kaufmannes drei Kisten Zigarren und zwar 1/10 Ueberblättl, 1/10 Santiago und 1/10 Marca Fino im Gesammtwerthe von 19 Mk.

pb. **Böse Jungen.** Gegen zwei in der Hüxstraße wohnhafte Schulknaben wurde Anzeige wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung erstattet.

Curau. Feuer. Am Freitag Nachmittag brannte in dem lübeckischen Dorfe Dissau das Gehöft des Hufners und Schänkwirthes Heinrich Meyer, bestehend aus Wohnhaus, Stallung und Scheune, total nieder. Der größte Theil des Inventars, sowie die Stroh- und Futtervorräthe wurden ebenfalls ein Raub der Flammen. Das Vieh konnte gerettet werden. Das Feuer dürfte durch Funken, die durch eine schadhafte Stelle des Schornsteins in auf dem Boden lagerndes Stroh fielen, entstanden sein.

e. **Stockelsdorf.** Die Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag Abend 8 Uhr die Monatsversammlung der Verwaltungsstelle Stockelsdorf bei L. Paetau-Fackenburg stattfindet. Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist erwünscht.

e. **Stockelsdorf.** Achtung, Parteigenossen! Agitations-Sitzung am Sonnabend Abend 8½ Uhr bei L. Paetau-Fackenburg. Material-Ausgabe.

Schwartau. Die Frühjahrskontrollversammlungen finden in „Jürgens Hotel" statt und zwar am Dienstag Nachmittag 4 Uhr für sämmtliche Wehrleute der Landwehr 1. Aufgebots und die der Seewehr 1. Aufgebots (Jahresklassen 1890 bis 1894); am Mittwoch Morgen 10 Uhr für sämmtliche Reservisten, Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften und die nur als zeitig anerkannten Invaliden der Armee ugd Marine (Jahresklassen 1895 bis 1902) und am Mittwoch Nachmittag 2 Uhr für sämmtliche Ersatz-Reservisten der Armee und Marine (Jahresklassen 1899 bis 1902).

Letzte Nachrichten.

Bromberg. 52 Personen sind, der „Ostd. Rundschau" zufolge, in den östlichen Provinzen infolge des letzten Unwetters umgekommen.

Minneapolis. Bei einer Explosion in den Anlagen der „Northwestern Star Oil Company" kamen zehn Personen ums Leben, darunter sämmtliche Bureaubeamten.

Danksagung.

Für die rege Theilnahme beim Begräbniß unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des

Käthners Heinrich Jäger

insbesondere Herrn Pastor Egge für seine trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen sagen innigsten Dank

Die Hinterbliebenen.

Stockelsdorf, den 24 April 1903.

Allen Denen, die meiner lieben Frau die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sowie Herrn Pastor Ziehe für seine trostreichen Worte sage meinen innigsten Dank.

W. Grantze.

F. Koch, Arnimstraße 11 c, unsern herzlichen Glückwunsch. **K. M. und F.**

Eine Wohnung zu verm., 140 M.
Hundestraße 36.

Zu vermiethen **eine kleine Wohnung,** 155 Mark, an einzelne Leute Meierstraße 43

Zum 1. Juli die **1. Etage Schwartauer Allee 90,** bei der Carlstr., enth 2 gr. Zimm., Küche und Zubeh. Näh Brömsenstraße 16.

Möblirtes Zimmer zu vermiethen
Schützenstraße 39 a, 1.

Zu vermiethen zum 1 Juli **eine Wohnung,** 3 Minuten von der elektrischen Bahn, Pr 125 M.
H. Fick, Marienthal.

Ein möblirtes Parterre-Zimmer
sofort zu vermiethen. Näheres
Wickedestraße 62.

Gesucht für sofort
ein Tabackschneider-Lehrling.
Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Lubeca"
G. m. b. H.

Zu verkaufen 1 Kinderwagen.
Augustenstraße 31, 1 Etg.

Für Brautleute passend! 2 neue Muschelbettstellen 1½schl., 1 Waschtisch, 1 Kleiderschrank, zus. 60 Mk Schmiedestraße 2, 2 Etg.

Eine einfache Frau in mittleren Jahren wünscht Stellung als **Haushälterin** in einem bescheidenen kleinen Hausstand Wenig Gehalts-Ansprüche.
Offerten unter **M B** an die Exped d. Bl.

Große Auswahl
in
Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren
dauerhaft gearbeitet, billig
Paul Rehder's
Möbel-Magazin
Hundestrasse No. 13

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Die Buchdruckerei des „Lübecker Volksb."

Ja. Schweinefleisch	**Pfd.**	**55**	**Pf.**
„ **Rindfleisch**	„	**50**	„
„ **Kalbfleisch**	„	**40**	„
„ **Rauchstücke**	„	**65**	„
„ **Rippen** zum Füllen	„	**65**	„
„ **Flohmen**	„	**65**	„

Nur hiesige Waare.
W. Strohfeldt,
Glockengießerstraße 73
Markthallenstand Nr. 14 und 15.

Gelegenheitskauf.

Einen grossen Posten
Buckskin- und Cheviot-Knaben-Anzüge, Gr. 1—6
do. do. do. do. Gr. 7—12
mit kurzen und langen Hosen
do. Jünglings-Anzüge, Gr. 38—44
do. Herren-Anzüge, Gr. 45—54
Herren-Sommer-Paletots u. Buckskin-Joppen
Knaben-Paletots, Jacken etc.
empfehlen zu **ganz aussergewöhnlich billigen Preisen**

Gebr. Barg
Kohlmarkt 5.
(Die Sachen sind nicht in den Schaufenstern ausgestellt.)

Das
Handbuch
für sozialdemokratische Wähler
— **herausgegeben vom sozialdemokratischen Parteivorstand** —
ist erschienen
und werden die Parteigenossen, welche ein solches wünschen, ersucht, die Bestellung recht bald bei uns oder unseren Kolporteuren aufzugeben.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Schirmfabrik
von
H. Stoppelman
Hüxstrasse 40
empfiehlt ihre Fabrikate in Regen-Schirmen.
Billigste Preise.

Hut-Bazar
Hüxstrasse 40.
Große Auswahl in
eleg. modern. Hüten,
Herrenwäsche
und Kravatten.
H. Stoppelman, Hut-Bazar, Hüxstrasse 40.

Empfehle meine
Lederhandlung u. Sohlenausschnitt
sowie sämmtliche Schuhmacher-Artikel zu den billigsten Preisen. **R. Schmidt**
Geverdesstr. 56, zwisch. Frieden- u. Ludwigstr.
Ferner empfehle mich für die in meinem Fache vorkommenden Arbeiten als Schuhmacher.
Preise wie bekannt.

Konsum-Verein für Stockelsdorf u. Umg.
Den Mitgliedern zur Kenntnißnahme, daß unsere Verkaufsräume am 1. Mai geschlossen sind.
Der Vorstand.

Z. verk. 2 Herr.-Somm.-Ueberzieh.
schwarz und braun, mittlere Statur, billig.
Friedenstraße 15.

Durch Zufall **feine neue Herren-Anzüge** in allen Größen unter Preis.
Obertrave 10, 2. Thür links.

Uhren reinigen 1,50 Mk.
Federn einsetzen 1,00 „
1 Jahr Garantie
Uhrgläser, 1. Qual., **30 Pfg.**
Max Dawartz, Uhrmacher u. Optiker.
Hüxstrasse 16.

Zur Lohnbewegung der Schuhmacher.
Nicht bewilligt haben bis jetzt: **Rosenberg,** Mühlenstr. 7, **Behnke,** Mühlenbrücke, **Wienk,** Königstr, **Möller,** St. Annenstr, **Ramm,** Charlottenstr, **Lühr,** Königstr, **Witfoth,** Braunstr., **Schlenss,** Beckergrube, **Schreiber,** Blanckstr. 8, **Blank,** Schmiedestr, **Baade,** Blücherstr. 5, **Burmeister,** Aegidienstr. 6, **Ramm,** Engelswisch, **Lange,** Schüsselbuden, **Rostock,** Fünfhausen, **Rühl,** Hüxstr, **Mussfeld,** Arnimstr, **Bock,** Ernststr., **Rüsch,** Schulstr., **Straubing,** Dankwartsgrube, **Straubing,** Moislinger Allee, **Tödter,** Engelsgrube, **Pasedag,** Mengstr, **Gomowsky,** Fischstr.

Nur kurze Zeit!

Massen-Verkauf!
Die von der in **Konkurs** gewesenen Engros-Firma **R. Bergstein,** Berlin weit unter Preis erworbenen Waaren, sowie andere Parthie-Posten gelangen zu
Schleuderpreisen
zum Verkauf.
Herren-Anzüge 23 50, 18.35, 15 25 b **7.65.**
Herr.-Palet., 21 50, 16 25, 13 50 b **5.25.**
Herr.-Hosen 7.35 5, 3 25 bis **1.55** Mk.
Knaben-Anzüge 6 75, 5, 4 35 b **1.10** M.
Knaben-Blusen 40 Pfg.
1 Posten Westen 50 Pfg.
Arbeiter-Garderoben unerhört billig.
Welthaus „Goldene 33"
nur Breitestraße 33, eine Treppe.
Kein Laden!

Miethe-Quittungs-Formulare
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Große Auswahl.
Billige Preise.
Tapeten
Farben
Hafen-Drogerie
Gg. Bornhöfft
(vorm. **W. G. Böhndel**)
Untertrave 44/45, b d. Drehbr.

Oeffentliche
Kartell-Versammlung
am Montag den 27. April
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
Abrechnungen.
Wahl der Hülfskraft für das Arbeitersekretariat.
Eingänge.
Die Kartell-Kommission.

Warenhaus Hansa

Damen- und Kinder-Konfektion.

Jackets, schwarze Kammgarnstoffe, abgefüttert mit Blenden Garnierung, theilw mit einfach u doppelt. Ueberkragen, neueste Geisha Aermel, regulär 12—15 Mk. Jetzt 8, 7.50, 6.75, 5.50, **3.50** Mk.

Jackets, elegante Sachen, mit Seiden-Applikation, resp. doppeltem Ueberkragen, theilweise mit weißer Seiden-Paspelierung, Werth 25—35 Mk. Jetzt: 21, 19.50 bis **15.00** Mk.

Kostüm-Röcke, Prima-Alpacca, neuest Schnitt, vollst abgefüttert, m. Orleans u. Rauschfutt., theilw m. reich. Atlas-Blend-Garn, Werth bis 27 M. Jetzt: 18, 15.25, 14.50 bis **5.75** Mk.

Kostüm-Röcke, Englische Nouveauté-Stoffe mit Tuch-Garnier. Werth bis 22 Mk. Jetzt: 15.50, 11.50, 10,50 bis **6.25** Mk.

Kostüme, Englische Stoffe, Russen-Form mit Tuch-Garnierung, chic gearbeitet, regulär bis 32 Mk. Jetzt: 22, 19.50, 18.50 bis **14.50** Mk.

Schwarze Damenkragen, halblang u. lang Facon, mit reich Seiden-Applikat. 22 Mk. bis **8.50** Mk.

Lange Paletots, schwarz und blau, imprägnierte Stoffe, chices Facon, **13.50** Mk.

Kinderkleidchen, Cheviot-, Parchend- und Kattun-Stoffe, alle Größen von **60** Pfg. an

Panama-Kinderkleidchen, hübsch gestreifte Waschstoffe mit türkisch Besatz, 3.00, 2.75, **2 50** Mk.

Garnierte

Damenhüte.

Matrosenform mit Seidenband garniert, schwarz u. farbig . . . . . **95** Pfg.

Bretonform mit Sammetband garniert, schwarz und farbig . . . . . **95** Pfg.

Boleroform mit Sammetband garniert, schwarz und weiß . . . . . **1.50** Mk.

Toque, Fantasiestoff mit Chiffon u. Blumen garniert **3.00** Mk.

Jugendliche Rundform mit reicher Seidenbandgarnitur u Blumenranke **3.00** Mk.

Schäferform, chic garniert mit reichen Blumen-, Spitzen- und Bandgarnituren . . . **4.50** Mk.

Kapotten, elegant garniert . . . . . **3.00** Mk. an.

Soeben eingetroffen:

Letzte Mode: **Bateau-Formen.**

Unterröcke.

Gestreifter Waschstoff, hellblau und rosa mit Volant . . . . . **95** Pfg.

Uni Cöperstoff, bord, blau und mode, mit Volant und Besatz . . . . . **1.85** Mk.

Uni Cöperstoff mit breit, plissiertem Volant aus bwl. Chine-Stoff . . . . . **2.25** Mk.

Lustre- u. Alpacca-Röcke alle Farben, von **1.75** Mk. an.

Neueste Kleiderstoffe.

Reinwollene Cheviot-Stoffe. 95 Ztm breit, alle Farben Mtr 2.50, 1.75, 1.50, 1.30 Mk. bis **75** Pfg.

Uni Kammgarn- und Crêpe-Stoffe, besonders preisw. Qualität, Meter **1.50** Mk.

Einfarbige Satin-Tuche, neueste Modefarben, 110 Ctm. breit. Meter 3.25, 3.00, 2.60, **2.30** Mk.

Schwarz-weisse Nouveauté, hochmodern, b z. d. feinsten englisch. Sach. Mtr. 2.75, 2.25, 2.10, 1.30 Mk b. **95** Pfg.

110 cm breite Noppes-Nouveauté mit karr. Effekten in den hochmodernsten Farben Mtr. 1.95 b **1.75** Mk.

Blusenstoffe, neuester Geschmack, Streifen, Bomben und karr. Muster Meter 2.50, 2.10, 1.80, **1.20** Mk.

Handschuhe. | *Gürtel.* | *Strümpfe.* | *Korsetts.* | *Besätze.*

Kolonialwaren!!

Apfelsinen . . . . . Dutzend 55, 42, 35, **28** Pfg.
Neue Halta-Kartoffeln . . . . . Pfund **11** Pfg.
Neue Zwiebeln . . . . . Pfund **12** Pfg.
Aepfel, sehr gut schmeckend . . . . . Pfund **25** Pfg.

Reizende Rippfiguren
bis zum 1. Mai nur 10 Pfg.
Engelsgrube 91.

Willy Koch,
Zahntechniker,
Lübeck, Holstenstr. 21,

Billige starke Schuhwaaren!

Knaben-Agraffenstiefel . . .	von Mk.	2.50
Mädchen-Knopf- u. Schnürstiefel	„ „	2.40
Damen-Spangenschuhe, schwarz, gelb und roth,	„ „	2.50
Damen-Schnür- und Knopfschuhe	„ „	3.50
Herren-Zugstiefel	„ „	3.80
Rindlederne Arbeitsschuhe . .	„ „	4.50

Louis Levy
Obere Marlesgrube No. 4, Ecke Klingenberg.

Maurer-Schnitthosen . . .	Mk.	3.00, 4,00, 5.00, 6.00
Zimmerer-Schnitthosen . . .	„	4.00, 5.00, 7.00, 10.00
Schlosser-Schnitthosen . . .	„	3.00, 4.00, 4.50
Schlosser-Jacken und Hosen von	„	1.00, 1.20, 1.50, 1.80
Maurer-Blousen	„	1.30, 1.50, 1.80, 2.00
Schwarze leinene Cajen . .	„	2.00, 2.50, 3.00.

Hemde, Schürzen und Mützen sehr billig.

Louis Levy Klingenberg 5 Ecke Marlesgrube 2 und 4.

Bitte um Beachtung meiner 8 Schaufenster.

Goldene u. silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft Aegidienstraße 35.

Das Lagerhaus u. Speditions-Geschäft
Fischergrube 52
empfiehlt sich zum Lagern und Nachsenden aller Gegenstände prompt u. billig.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Theil der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling — Verleger: Theodor Schwartz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Erste Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 97. Donnerstag, den 26. April 1903 10. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.*

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote."

Berlin, den 24. April 1903.

295. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Tirpitz, Frhr. v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die folgende Interpellation Gröber und Stötzel (Z.):

1) Was ist dem Herrn Reichskanzler über die Tödtung des Artilleristen Hartmann durch den Seekadetten Hüssener in Essen bekannt?

2) Ist der Herr Reichskanzler bereit, durch Abänderung der bestehenden Vorschriften über das Waffentragen beurlaubter Kadetten und Mannschaften der Begehung solcher und ähnlicher Verbrechen mehr als bisher vorzubeugen?

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Das Wort zur Begründung der Interpellation erhält Stötzel (Z.) Derselbe erzählt zunächst den Hergang der Tödtung des Einjährigen Hartmann durch den Fähnrich zur See Hüssener. Als der Vorfall am Ostermontag bekannt wurde, bemächtigte sich eine ungeheure Erregung der Bevölkerung Essens. Trotz des Schneegestöbers betheiligten sich Hunderte an der Beisetzung Hartmanns. Man sagte sich: nun ist ein Menschenleben vernichtet, aber dem Thäter wird wenig geschehen. Es gab Leute, die bedauerten, daß der Hüssener einer augenblicklichen Lynchjustiz entwischt sei. Hartmann wird als ein äußerst ruhiger Mensch geschildert, während Hüssener allgemein als aggressiv bekannt war und schon manchen Streit verursacht hatte. Hüssener mag seine Instruktion ja falsch verstanden haben, aber in der Bevölkerung ist der Glaube verbreitet, ein derartiges Vergehen werde den Leuten direkt anerzogen. (Hört! hört!) Man fragt sich im Publikum: warum giebt man den Urlaubern die Waffen mit? Ich hoffe, die Armee- und Marineverwaltung werden aus dem Vorgange die Lehre ziehen, wie nothwendig es ist, ähnlichen Vorfällen für die Zukunft vorzubeugen. (Bravo!)

Zur Beantwortung der Interpellation erhält das Wort Staatssekretär v. Tirpitz. Derselbe verliest zunächst mehrere Meldungen der ersten Marineinspektion bezw. des zuständigen Gerichts in Kiel. In der ersten Meldung heißt es u. a.: „That in Essen auf der Straße geschehen infolge Gehorsamsverweigerung des Hartmann." (Unruhe links.) In der zweiten Meldung heißt es: „Ein Notizbuch mit Namen von Soldaten, die er angehalten hatte und melden wollte, ist bei Hüssener nicht gefunden worden. Weitere Erhebungen schweben noch. Hüssener war nüchtern und giebt an, im guten Glauben gehandelt zu haben. (Lachen links.) Er bestreitet die Tödtungsabsicht. Was die zweite Frage der Interpellanten betrifft, so sind die Bestimmungen über den Waffengebrauch ganz präzis. „Jeder Vorgesetzte", heißt es, „ist berechtigt, die Waffen zu gebrauchen, um thätliche Angriffe eines Untergebenen abzuwehren oder um seinen Befehlen in äußerster Noth und dringender Gefahr Gehorsam zu verschaffen." Soweit der Fall zu übersehen ist, hat Hüssener direkt gegen die bestehenden Bestimmungen verstoßen. Daß Hüssener Fähnrich zur See, d. h. Unteroffizier ist, im 21. Lebens- und dritten Dienstjahre steht, verschärft den Fall natürlich. Ich habe Anlaß genommen, der Marine die betr. Vorschriften aufs Neue einzuschärfen. Protestiren muß ich aber gegen die Verallgemeinerung des ganz exceptionellen Falles durch den Vorredner. Das unglückliche, übrigens noch nicht völlig aufgeklärte Vorkommniß darf nicht zum Anlaß zu einem allgemeinen Verbot des Waffentragens auf Urlaub benutzt werden. Wo wären da die Grenzen zu finden? Ich kann nur sagen, daß in der allgemeinen Verurtheilung, die der Fall in der Marine gefunden hat, die beste Gewähr gegen die Wiederkehr solcher Fälle liegt.

Auf Antrag Dr. Schädler (Z.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Lenzmann (FVp.): Gegenüber der That des Brüsewitz — der übrigens sein Verbrechen durch seinen Tod im Burenkriege einigermaßen gesühnt hat — berührt das Auftreten Hüsseners äußerst unsympathisch. Der junge Herr ist mehrmals bei Gericht der Unwahrheit überführt worden (Hört, hört! links) und sucht sich, was das Gegentheil von Muth beweist, durch Verumglimpfungen seines Opfers aus der Schlinge zu ziehen. (Hört, hört! links.) Der junge Hartmann war mir persönlich bekannt; er war ein durchaus ruhiger Mensch, der einem vernünftigen Zureden völlig zugänglich war. Er ging ja auch ruhig mit, als Hüssener ihn aufforderte, ihm zu folgen; wenn er sich im gegebenen Augenblick losriß, um die Freiheit zu gewinnen, so war das keine Gehorsamsverweigerung und Hüssener war nicht berechtigt, zum Dolche zu greifen. Nichts entschuldigt diese brutale That. Der Mann beruft sich auf seine Offiziersehre; dabei war er noch gar kein Offizier, sondern simpler Unteroffizier. Nicht der Gedanken der Ehre, sondern der Instinkt brutaler Ueberhebung eines albernen Burschen, eines unreifen Tertianers oder Sekundaners war bei ihm maßgebend. Es zeugt für dieses Menschen Gefühlsroheit, daß er sich ganz seelenruhig nach der That eine Zigarette angezündet hat. Nur durch die Protektion einer sehr einflußreichen Persönlichkeit ist dieses edle Individuum in die Armee gekommen. Wenn er als Straßenfeger in Amerika enden würde, so würde ich das nicht bedauern. Jedenfalls ist es nothwendig, Garantien zu schaffen, damit diese Armeelehrlinge nicht mit gefährlichen Waffen spielen. Das Waffentragen außer Dienst ist nichts weiter als eine Konzession an die Eitelkeit, es hat mit den eigentlichen Zwecken der Armee nichts zu thun. Am besten wäre es ja, wenn, wie in England, auch das Tragen der Uniform außerhalb des Dienstes verboten würde. Es kann vorkommen, daß in Zukunft einmal ein derartig thöricht-brutaler Knabenstreich zu ernsten Tumulten führt. Daher müssen wir verlangen, daß in Zukunft derartigen Vorkommnissen im Interesse der Armee und des Vaterlandes vorgebeugt wird. (Bravo! links.)

Bebel (SD.): Der allgemeine Anklang, den die Interpellation im Hause findet, sowie die Ausführungen des Vorredners beweisen die Erregung, die der Fall Hüssener überall hervorgerufen hat. Aber darauf kommt es nicht so sehr an, als vielmehr darauf, daß das, was die Interpellation verlangt, auch wirklich durchgeführt wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber ich fürchte: es wird wieder gehen, wie schon so oft; wir werden die heftigsten Anklagereden hören, dann aber geht alles seinen Gang weiter und das Ding wird vergessen. Die alljährlichen Debatten über den Duellunfug, die Soldatenmißhandlungen, die Tödtungen von Personen durch Mitglieder der Armee zeigen uns, daß wir es hier nicht mit vorübergehenden Erscheinungen, sondern mit Auswüchsen zu thun haben, die erst mit dem System selbst verschwinden werden. Die Aufregung in Essen war so groß, daß, wenn die Bevölkerung den Hüssener selbst noch an dem Tage, da er zur Eisenbahn geschafft wurde, in ihre Hände bekommen hätte, sie ihn ohne Zweifel nicht nur durchgeprügelt, sondern todtgeschlagen hätte. Das ist auch ganz erklärlich und entspricht mehr der Stimmung des deutschen Volkes, als die zarte Behandlung, die der Interpellant dem Falle hat angedeihen lassen. Ich halte den Hüssener zwar nicht für einen Mörder, wohl aber für einen Todtschläger und erwarte, daß er dementsprechend bestraft wird. Ich fürchte freilich, es wird wieder gehen, wie in den Fällen Lück und Brüsewitz, wo trotz allgemeiner und heftiger Entrüstung alsbaldige Begnadigung oder gar Dekoration eintrat. Einschärfen der Vorschriften über den Waffengebrauch wird nur für den Augenblick helfen. In der Erlaubniß, von der Waffe Gebrauch zu machen, liegt schon der Mißbrauch. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Interpellanten sind zu zahm und inconsequent, wenn sie nur den Kadetten und Mannschaften und nicht auch den Offizieren das Waffentragen verboten wissen wollen. Seitdem in der Konfliktszeit die Leutnants Sobbe und Putzki in Magdeburg in der Nacht einen Hotelportier niederstachen sind die Klagen über die Tödtung von Zivilisten durch Offiziere und Soldaten nicht abgerissen. Nach den Geschichten, die auch aus anderen Städten vom Auftreten der Seekadetten gemeldet werden, bin ich zur Ueberzeugung gelangt, daß System in der Sache liegt. Die jungen Herren in Kiel scheinen der Meinung zu sein, daß sie zu wenig von den Landratten und der Landarmee respektirt werden, und ein Abkommen getroffen zu haben, sich Geltung zu verschaffen. Daher der Fall in Essen, der zu so traurigem Ausgang geführt hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die exceptionelle Machtbefugniß, die man den jungen Leuten einräumt, muß in ihnen das Gefühl des Größenwahns erwecken. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Man ist bestrebt, durch Verleihung von Glanz und Putz eine Scheidewand auch zwischen den beurlaubten Soldaten und den Zivilisten zu schaffen, damit die ersteren auch nicht während einiger Wochen Bürgergeist einathmen. (Sehr gut! bei den Soz.) Sie selbst (zu den bürgerlichen Parteien) sind die Mitschuldigen des Systems, dessen traurige Folgen Sie beklagen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Dr. Paasche (NL.): Einig sind wir alle im Mitleid mit dem Todten, aber von einem System dürfte doch nicht gesprochen werden. Es handelt sich doch nur um einem Ausnahmefall. (Leb. Widerspruch links.) Gott sei Dank, nur um einen Ausnahmefall! (Erneuter Widerspruch links.) Sie können als Seitenstück doch nur den Fall Brüsewitz nennen, während jährlich doch Hunderttausende von Soldaten mit dem Seitengewehr an der Seite in den Urlaub gehen. Im Falle Hüssener handelt es sich doch offenbar um die That eines unzurechnungsfähigen Menschen. Der Staatssekretär hat unzweideutig erklärt, daß Hüssener gegen die Instruktion gehandelt hat. Im allgemeinen sind die Seekadetten kaum unreife Burschen. Von Uebermuth erzeugendem Putz und Tand ist bei der Marine am allerwenigsten die Rede. (Lachen bei den Soz.) Die Marine trägt nicht einmal zweierlei Tuch, sondern nur einen dunklen Rock mit blanken Knöpfen. (Ruf bei den Soz.: Schrecklich!) Weshalb unterbrechen Sie mich fortgesetzt? Sind Ihnen meine Ausführungen so unbequem (Rufe bei den Soz.: Nein!) Ueber den Werth unserer Armee werden wir doch nie einig. Bei den Schlägereien spielt das Messer des Bauernburschen eine größere Rolle, als der Soldatensäbel. Ohne Waffe kann ich mir einen Soldaten gar nicht denken und über den waffenlosen englischen Offizier wird mit Recht gespottet. (Lachen links. Beifall rechts und bei den NL.)

Gröber (Z.): Es ist behauptet worden, Hüssener hätte in Erfüllung einer „harten Soldatenpflicht" gehandelt. Darauf hätte die Marine-Verwaltung sofort mit einer offiziellen Darlegung des Falles antworten sollen. Wie kommt ein junger Mann nur zu so einem schauderhaften Verbrechen? Ist dies das Produkt einer so sorgfältigen Erziehung und Ueberwachung, wie sie die Vorschriften verlangen? Die Kriegsartikel sind keineswegs so auszulegen, daß die Vorgesetzten in jedem Fall von ihrer Waffe Gebrauch machen dürfen, wo ein Untergebener ihrem Befehl nicht sofort gehorcht. Wie denkt der Staatssekretär darüber? Es müssen Instruktionen gegeben werden, um die Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu verhüten. Den Kadetten muß das Waffentragen auf Urlaub verboten werden. (Beifall i. Zentr.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ich habe kein Wort der Entschuldigung für Hüssener ausgesprochen und die That auf das Entschiedenste verdammt. Wenn gesagt wird, man hätte die Ungeeignetheit Hüsseners schon früher erkennen und ihn aus der Marine entfernen müssen, so ist es doch immerhin ein gewisser Entschluß, einem jungen Manne seine Karriere vollständig zu unterbinden. Es war der Behörde bekannt, daß Hüssener leicht erregbar und gegen Untergebene sehr schroff war. Während seiner Marineschuljahre wurde ernstlich seine Entlassung erwogen. (Hört, hört!) Doch sollte noch ein letzter Versuch mit ihm gemacht werden. Die Fähnriche sind instruirt, Soldaten auf Urlaub, die den Gruß unterlassen, nicht anzuhalten, sondern zu melden; die Instruktion über die Behandlung Betrunkener empfiehlt ausdrücklich größte Vorsicht. Durch behutsames Benehmen sollen Insubordinationen der Untergebenen vermieden werden. Im Namen der Armee und der Marine protestire ich auf das Entschiedenste gegen die Verallgemeinerung des bedauerlichen Falls. (Beifall rechts.)

v. Normann (K.) schließt sich diesem Protest an und kann sich keinen Vortheil davon versprechen, wenn der Fall hier ausführlich erörtert wird.

Dreesbach (SD.): Eine Nacht nach der Tödtung Hartmanns wurde in Mannheim ein junger Mann durch einen Infanteristen mit dem Säbel bearbeitet und niedergestochen. Ein paar Tage später starb der Verletzte. Marine und Landheer sind also einander werth, was die Exzesse betrifft. Man spricht von einem vereinzelten Fall; würde man aber alle jene Fälle, die in die Oeffentlichkeit kommen, einmal zusammenstellen, so würde man zu einer großen Summe von Totschlägern kommen. Und es würden noch mehr Fälle vorkommen, wenn die Zivilisten nicht so vernünftig wären den Herren vom zweierlei Tuch von vornherein aus dem Wege zu gehen. (Sehr richtig b. d. Soz.): Die exklusive Stellung, die die Soldaten in unserm Vaterlande dem Volke gegenüber einnehmen, verleitet sie zur Ueberhebung. (Sehr richtig b. d. Soz.) Das Waffentragen außerhalb des Dienstes sollte überhaupt verboten werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Bachem (Z.) tritt für das Verbot des Waffentragens während des Urlaubs ein.

Damit schließt die Besprechung der Interpellation.

Es folgt die erste Berathung des Nachtragsetats durch den zum Bau eines neuen Reichsmarineamtes 5 633 400 Mk. gefordert werden.

v. Waldow-Reitzenstein (K.) erklärt im Namen seiner Partei, daß sie auch jetzt noch schwere Bedenken habe, und beantragte Kommissionsberathung.

Singer (SD.) diesem Antrage schließen auch wir uns an. Die wesentlich günstigere Finanzierung des neuen Projekts, von der die Vorlage spricht, hätte die Regierung von vornherein bei energischerem Vorgehen erreichen können. In Wahrheit ist die neue Finanzierung aber durchaus nicht wesentlich günstiger. Die Ermäßigung des Kaufpreises um 337 500 Mk. bei einem Objekt von 6 Millionen kann nicht als besonderer Erfolg bezeichnet werden. Es ist doch ganz verkehrt, den Kauf an der Bellevuestraße mit dem Verkauf der marinefiskalischen Grundstücke in der Leipzigerstraße und Voßstraße an Siemens und Halske zu verkoppeln und auf der einen Seite zu viel zu zahlen, weil angeblich der Verkauf dieser Grundstücke ein besonders günstiger sei. Wenn auch das Angebot von Siemens u. Halske von 3 520 000 Mk. auf 4 533 400 Mk. erhöht ist, so müssen wir andererseits für die bis jetzt miethsfreien Dienstgebäude bis zum 30. April 1907 eine jährliche Miethe von 180 000 Mk. zahlen. Ich habe noch einen besonderen Grund, der es mir wünschenswerth erscheinen läßt, die Sache eingehend in der Kommission zu berathen. Ich möchte den Inhalt der in dieser Sache abgeschlossenen Verträge kennen lernen und zwar aus folgenden Gründen. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Ztg." hat sich in einem angeblichen Dementi gegen meine Aeußerungen bei der Etatsforderung für den Neubau des Reichsmarineamts gewandt. Ich halte alle meine Behauptungen aufrecht, daß der Stadt Berlin durch kaiserliche Order die Genehmigung zum Bau von Untergrundbahnlinien verboten ist. Der „Vorwärts" hat die amtlichen Aktenstücke veröffentlicht, die Seitens des Polizeipräsidiums an den Magistrat in Berlin ergangen sind. In dem einen Erlaß vom 18. Juli 1900 heißt es, die Zustimmung zu der städtischen Untergrundbahn vom Potsdamer Platz nach dem Innern der Stadt müßte abgelehnt werden, weil diese Linie im Anschluß an die Siemensche Hochbahn gebaut werden müsse. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Dieser Erlaß ist, davon bin ich fest überzeugt, durch das persönliche Eingreifen des Kaisers erfolgt. Es ist in Berlin auch ein offenes Geheimniß, daß der Kaiser bei der Besichtigung der Siemens u. Halskeschen Untergrundbahn in Budapest dem dortigen Vertreter die Zusage gegeben hat, für Berlin die Konzession zu einer neuen Untergrundbahn zu ertheilen. (Hört! Hört! b. d. Soz.) In einem weiteren Erlasse bezeichnet der Polizeipräsident es als dringend erwünscht, daß die Firma Siemens u. Halske die Unterpflasterbahn vom Potsdamer Platz sowohl nach dem Bahnhof Friedrichstraße als auch nach dem Stettiner Bahnhof und nach dem Spittelmarkt baut und daß die seitens der Stadt geplanten Linien vertagt würden. Ebenso erfreut sich auch die Große Berliner Straßenbahn des besonderen Schutzes der staatlichen Aufsichtsbehörden. Ihr Vertrag mit der Stadt wurde vom Polizeipräsidium über den Kopf der städtischen Behörden hinweg einfach um 30 Jahre verlängert! Fernerhin hat der Kaiser angeordnet, daß der Akkumulatorenbetrieb durch die billigere direkte Stromzuführung ersetzt werde. Die Große Berliner Straßenbahngesellschaft will ja jetzt, weil sie im ganzen Thiergarten Oberleitung bekommen hat, zum Danke eine Anzahl von Marmorgruppen am Großen Stern errichten — —

Vizepräs. Graf Stolberg: Sie dürfen die Person des Kaisers nur insoweit in die Debatte ziehen, als es sich um amtlich konstatirte Thatsachen handelt, nicht aber dann, wenn sich Ihre Behauptungen auf Vermuthungen oder indirekte Beweisführungen gründen. (Beifall rechts.)

Singer: Ich will diesem Wunsche gern folgen, aber diese Thatsachen sind amtlich festgestellt. Eine Prüfung der Verträge über den Ankauf des Grundstücks in der Bellevuestraße in der Budgetkommission ist nach allem, was ich angeführt habe, dringend erforderlich. Die früher gegen den Ankauf vorgebrachten Gründe sind in der Vorlage mit keinem Wort erwähnt worden. Das Terrain in der Bellevuestraße ist viel zu theuer. Man muß mit dem Verkaufserlös der beiden jetzigen Dienstgrundstücke des Reichsmarineamtes den Neubau einschließlich des Bauplatzes bestreiten, nicht aber eine Million zum Fenster hinauswerfen. Es giebt zahlreiche billige Bauplätze in Berlin, die durchaus geeignet sind, so am Nollendorfplatz, an der Potsdamer und an der Königgrätzer Straße. Dieser Marinepalast in der theuersten Gegend Berlins ist ein unnöthiger Luxus. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Bindewald (A.): Die Bellevuestraße ist ungefähr die theuerste Straße in ganz Berlin. Das Terrain dort ist um ca. 2 Millionen zu theuer. Ein Haus, das dort gekauft werden muß, gehört dem Bankier Cohn; es steht leer, scheint aber doch ein gutes Geschäft zu sein. Ich sehe nicht ein, warum wir das Reichsgeld den Juden in der Bellevuestraße an den Hals werfen sollen. (Gelächter links). Die Juden stecken alle unter einer Decke. (Erneutes Gelächter). Nach der „Staatsbürger-Zeitung" (Gelächter) besteht ein geheimer Vertrag zwischen Wertheim und Siemens u. Halske. Unsere Veteranen hungern, und da will man Geld an die Juden wegwerfen, die schon im Gelde schwimmen und schmoren? Mögen Konservative und Zentrum ihre Mittelstandsfreundlichkeit beweisen und die Vorlage gleich im Plenum ablehnen. Kommissionsberathung ist ganz überflüssig.

Staatssekretär v. Tirpitz bestreitet die Angaben der Vorredner. Die Bellevuestraße sei keineswegs die theuerste Straße. Im nächsten Jahre werde der Reichstag noch mehr bewilligen müssen.

Graf Oriola (NL.) befürwortet die Vorlage, will aber der gewünschten Kommissionsberathung nicht widersprechen.

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann empfiehlt die Vorlage zur Annahme.

---

* Der Bericht über die Verhandlungen vom Donnerstag befindet sich in der 2. Beilage. Red.

Müller-Fulda (Z.): Der Nachtragsetat erscheint uns sehr überflüssig. Die Marineverwaltung scheint zu glauben, die Millionen seien für sie allein da. Besonders bedauerlich erscheint es mir, die fehlenden elf Millionen aus einer besonderen Anleihe zu decken. Eine Kommissionsberathung halte ich für überflüssig, im Interesse des diätenlosen Reichstages liegt das abgekürzte Verfahren. Da aber Kommissionsberathung von zwei großen Parteien verlangt ist, will ich mich nicht widersetzen. (Bravo!)

v. Tiedemann (Rp.) hofft, daß die Kommission das neue Projekt möglichst wohlwollend prüfen werde.

Singer (SD.): Daß das Reichsmarineamt mit hohen Forderungen kommt, ist lediglich der bisherigen Bewilligungslust des Zentrums in allen marinistischen Forderungen gegenüber der Regierung zuzuschreiben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich hoffe, daß die heutige Haltung des Herrn Müller-Fulda gegenüber dem Reichsmarineamt bei seinen Freunden auch nach den Wahlen vorhalten wird.

Bindewald (A.) warnt nochmals davor, den Juden in der Bellevuestraße soviel Geld in den Rachen zu schmeißen, (Große Heiterkeit), und interpellirt den Staatssekretär v. Tirpitz erneut über den angeblichen Geheimvertrag zwischen Siemens u. Halske und Wertheim.

Staatssekretär v. Tirpitz: Dem Reichsmarineamt ist vom einem solchen Vertrage nichts bekannt.

Müller-Fulda (Z.): Gegenüber den Ausführungen des Abg. Singer stelle ich fest, daß fast alle Abstriche beim Marineetat von meinen politischen Freunden beantragt worden sind. Sollten die Sozialdemokraten sich darauf berufen, daß sie gegen den ganzen Etat stimmen, so wäre das nur eine klägliche Ausflucht. Ich verweise auch darauf, daß erst neulich Herr Singer in der Budgetkommission als Referent die Ausgaben für die Ausstellung in St. Louis zu bewilligen beantragt hat. (Stadthagen: „Ausstellung ist doch keine Marine!" Heiterkeit.) Wir können nicht einzelne Ausgaben bewilligen und dann gegen den ganzen Etat stimmen. Zu solchen Komödienstückchen geben wir uns nicht her. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Singer (SD.): Der Unterschied zwischen dem Zentrum und uns besteht darin, daß wir gegen sämmtliche Militär- und Marineforderungen stimmen, das Zentrum aber sich rühmt, daß es von Hunderten von Millionen ein paar Millionen abgestrichen hat. Wenn ich als Referent für die Ausgaben zur Weltausstellung in St. Louis eingetreten bin, so entspricht das unserem Grundsatz, für alle Kulturaufgaben zu stimmen. Wir wünschen, daß Deutschland an einem Wettkampfe der Völker theilnimmt, der endlich einmal nicht mit Kanonen geführt wird. (Sehr gut! b. d. Soz.) Herr Müller-Fulda hat für die letzte Flottenvorlage gestimmt, obwohl er vorher eine Broschüre dagegen geschrieben hat. Wir stimmen gegen das Budget im Ganzen, weil wir dieser Regierung kein Vertrauen entgegenbringen. In der Sache selbst hoffe ich, daß das Zentrum fest bleiben wird und mit uns den Nachtragsetat ablehnt. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Bindewald (A.): Wenn dem Marineamt von dem Geheimvertrage nichts bekannt ist, so beweist das nicht, daß ein solcher Vertrag nicht existirt.

Müller-Fulda (Z.): Ich habe 1898 gegen das Flottengesetz gestimmt und zwar aus dem in meiner Broschüre angegebenen Grunde wegen der staatsrechtlichen Bindung. Da diese im Flottengesetz von 1900 nicht mehr vorhanden war, habe ich 1900 für das Flottengesetz gestimmt.

Damit ist die erste Berathung beendet. Der Nachtragsetat wird der Budgetkommission überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 1 Uhr. (Krankenkassennovelle.)

Schluß 5¾ Uhr.

Dritte Generalversammlung des Seemanns-Verbandes.

Donnerstags-Sitzung.

Zum Statut wurde beschlossen, die Höhe der Unterstützungen von 50 Mk. auf 75 Mk. pro Jahr und Mitglied festzusetzen.

Angenommen wurde eine Resolution, wonach von Zeit zu Zeit Seemannsschutzkongresse in Berlin abzuhalten sind, damit die zahllosen Mißstände im Schiffahrtsgewerbe der breitesten Oeffentlichkeit klargelegt werden. Es sollen dazu die Reichsregierung, die Reichstagsabgeordneten aller Parteien und sämmtliche in der Seeschiffahrt, Hochseefischerei und am Schiffbau thätigen Personen eingeladen werden.

In der Diskussion behauptete ein Delegirter, die Parteipresse beschäftige sich absolut nicht mit den Mißständen im Seemannsberufe. Diese unverzeihliche Aeußerung wurde allseitig auf das allerentschiedenste zurückgewiesen. U. a. konstatirte Schmalfeldt-Bremerhaven, daß die Parteipresse sich der Seeleute mit einer Energie angenommen habe, die rühmlich anerkannt werden müsse. Er spreche ihr dafür öffentlich den Dank der Seeleute aus. Auch Müller erklärte, daß die sozialdemokratische Presse jederzeit in bester Weise alle Wünsche des ersten Seemannskongresses berücksichtigt habe. Dieses Zeugniß ward auch der insbesondere angegriffenen „Schleswig Holst. Volksztg." von dem Kieler Delegirten ausgestellt.

Die Nothwendigkeit des Kongresses begründete u. a. Hoffmann-Hamburg damit, daß nicht wieder der Bock zum Gärtner gemacht werden dürfe, wie es 1894 bei der Umfrage Posadowskys betr. die Ueberwachung des Schiffbaues ꝛc. geschehen sei. Müller wies darauf hin, daß die Sozialreformer Berlepsch'scher Färbung sich mit der Lage der Seeleute beschäftigen würden. Das bisher vorliegende Material zeige, daß sie ein falsches Bild geben und rosig färben würden. Da bedürfe es demonstrativer Zurückweisung.

Ueber „Internationale Bewegung und Kongresse" referirte Müller. Er konstatirte, daß die wirthschaftliche Entwickelung die internationalen Bestrebungen zu naturnothwendigen mache. Die Eigenart, der internationale Charakter des Berufes, der lebendigen Internationale, machten es den Seeleuten zur Pflicht, so zu verfahren, zumal das international konzirte Seekapitalistenthum (Morgan und Gen.) zwingend den Weg weise. Dasselbe gelte von den jüngsten Vorgängen in Holland und beim Lloyd. Der Kampf gegen das Koalitionsrecht wird von den Unternehmern, den Regierungen international betrieben; wir müßten Thoren sein, wenn wir uns nicht mit den gleichen Mitteln wehren würden. Deshalb seien auch die Kongresse nöthig. Sei doch beispielsweise eine wirklich praktische Sozial- und Arbeiterschutz-Gesetzgebung nur international durchführbar.

Angenommen wurde ein Antrag, das Verhältniß zum internationalen Transportarbeiterverbande aufrecht zu erhalten und die 1904 in Amsterdam stattfindenden Kongresse durch einen Delegirten zu beschicken.

Ueber „Die Lage der seemännischen Arbeiter unter der gegenwärtigen Sozialgesetzgebung" hielt alsdann der Verbandsvorsitzende Müller einen längeren, äußerst instruktiven Vortrag, in welchem er u. A. die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zur Seemanns-Ordnung als korrekt bezeichnete. Einem Gesetzentwurf, der so viele Irrthümer und Ungerechtigkeiten enthalte, wie die verabschiedete Novelle zur Seemanns-Ordnung, werde die sozialdemokratische Fraktion auch wohl in Zukunft nicht zustimmen. (Lebhafter Beifall). Redner ließ die hauptsächlichsten Bestimmungen der Seemanns-Ordnung Revue passiren und empfahl nach eingehender Erläuterung eine die Forderungen der Seeleute enthaltende Resolution zur Annahme. Verlangt wird die gesetzliche Festlegung der Mitwirkung der unteren Chargen bei den Seemannsämtern, die schriftliche Abfassung des Heuervertrages, die weitere Einschränkung der freien Vereinbarung, die Erweiterung des Rechts vom Rücktritt des Heuervertrages, die Aufhebung der Berechtigung zur zwangsweisen oder polizeilichen Anhaltung zur Verrichtung des Dienstes, die Regelung der Arbeitszeit und des Wachdienstes in präziserer Form und die Erweiterung der Sonntagsruhe. Die Beseitigung der Vorschußnoten, die Abmilderung der drakonischen Strafbestimmung, die Gewährung des Koalitionsrechts usw. usw.

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Damit waren die Hauptarbeiten des Verbandstages erledigt.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg, der des Ausschusses in Bremerhaven.

Als Verbandsvorsitzender wurde Paul Müller, als Vorsitzender des Ausschusses Schmalfeldt-Bremerhaven, als Vorsitzender der Revisions-Kommission Krüger wiedergewählt.

Der nächste Verbandstag findet aus praktischen Gründen wieder in Hamburg statt.

Kurz vor Schluß lief ein Telegramm ein, wonach es den Flensburger Seeleuten gelungen ist, mit den Rhedern einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Die Mittheilung wurde von den Delegirten beifällig aufgenommen.

Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband wurde der Verbandstag nach viertägiger Dauer alsdann geschlossen.

Soziales und Vereinsleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Sämmtliche Kutscher der Milchzentrale in Berlin sind wegen Maßregelung eines Kollegen Donnerstag Morgen in den Ausstand getreten. — Der Weißgerberstreik in Triptis ist beendet. Der Stundenlohn wurde von 31½ auf 33 Pfg. erhöht. — In Königslutter (Braunschweig) haben Donnerstag sämmtliche Maurer die Arbeit eingestellt. Sie fordern 38 Pfg. die Stunde gegen bisher 34 Pfg. — Die Stukkateure in Duisburg haben den Prinzipalen einen neuen Lohntarif zugestellt. — Der Ausstand der Kutscher und Fuhrleute in Elberfeld ist beendet. Vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt haben sich die Fuhrwerksbesitzer verpflichtet, für Fuhrleute bei der Einstellung einen Mindestlohn von 20 Mk. wöchentlich, steigend von 6 Monaten zu 6 Monaten um 1 Mk. bis zu 24 Mk., zu zahlen. Die Arbeitszeit wurde für den Sommer von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends und für den Winter von 7 Uhr früh bis 8 Uhr abends mit zweistündiger Pause festgesetzt. Die erforderlichen Ueberstunden werden mit 50 Pfg. bezahlt. Die Vereinbarungen wurden von beiden Parteien gutgeheißen und die Arbeit infolgedessen von den Fuhrleuten wieder aufgenommen. — Die Tischler in Köln sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern: 9stündige Arbeitszeit, 4 Mk. Mindestlohn und 10 Proz. Zuschlag auf die alten Löhne für Diejenigen, die diesen Lohn schon haben; bei Ueberstunden 10 Pfg. pro Stunde Zuschlag, bei Sonntags- und Nachtarbeit 50 Proz.; vor den großen Feiertagen um 4 Uhr Feierabend; bei Akkordarbeit ist der Mindestlohn zu garantiren. Eine Lohnkommission soll einen Lohntarif für die einzelnen Zweige des Holzarbeiterberufs (Möbelschreiner, Bauanschläger u. s. w.) ausarbeiten. — Die Bauhülfsarbeiter in Köln haben über die dortigen Bauten der Aktiengesellschaft für Monierbau (Sitz Essen) die Sperre verhängt, weil die Firma 10 Mitglieder des Verbandes wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbande entlassen hat. — Wie die „Krefelder Ztg." meldet, beschloß Donnerstag Nachmittag eine Versammlung der Fabrikantenverbände, die zum 4. Mai verhängte Sperre aufzuheben, nachdem die Arbeiter der Firma Brethal u. Co. die Arbeit wieder aufgenommen haben. — In Schwabach (Mittelfranken) wurde eine Anzahl Tischler ausgesperrt. — Der Schneiderstreik in Regensburg ist durch die Wiederaufnahme der Arbeit beendet, nachdem von den Arbeitgebern eine Aufbesserung der Lohntarife zugesichert worden ist. — In Basel stehen die Zimmerer in einer Lohnbewegung für den 9½stündigen Arbeitstag und minimalen Stundenlohn von 57 Cts. — In Luzern streiken die Klempner, in Goldach und Umgebung (Kanton St. Gallen) 24 Müller. — Der Ausstand der Hafenarbeiter in Stockholm und in Gefle dauert unverändert fort. In Stockholm sind ungefähr 150 Streikbrecher thätig. Infolge einer Demonstration wurden 50 Streikbrecher veranlaßt, die Arbeit niederzulegen. In Gefle wurden 190 städtische Arbeiter verabschiedet, weil sie sich weigerten, Streikarbeit im Hafen, zu der man sie kommandirt hatte, auszuführen. Den Vermittelungsversuch des Landeshauptmannes haben die Unternehmer abgelehnt. — Die Holzverlader und Flößer (350 Mann) in Amsterdam sind noch ausständig. — Die Dockarbeiter in Marseille haben Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Streitigkeiten zwischen der Northern Pacific (Ver. Staaten) und ihren Wagenführern sind auf Grund eines neuen Lohntarifs, der sofort in Kraft tritt, beigelegt worden.

Die Aussperrung in Iserlohn hat, wie das im Militär- und Polizeistaat üblich ist, die Behörden auf die Beine gebracht. Der Regierungspräsident hat eine Warnung vor Exzessen an den Plakatsäulen anschlagen lassen, die Gendarmen mit Karabinern und die Schutzleute mit Revolvern bewaffnet versehen den „Sicherheitsdienst". Durch die Ausgesperrten ist die Sicherheit natürlich nicht bedroht.

Feuerwehrleute als Arbeitswillige. In einer Versammlung der streikenden Maler in Königsberg wurde mitgetheilt, daß der dortige Magistrat Feuerwehrleute mit Malerarbeiten auf bestimmten Neubauten und zu Reparaturarbeiten beschäftigt. Die Versammlung hat eine Protestresolution angenommen. Es sollen Seitens der Lohnkommission geeignete Schritte unternommen werden, um den Magistrat zu ersuchen, die Feuerwehrleute wieder zurückzuziehen. — Ist die Mittheilung wahr, dann ist die sonderbare Verwendung der Feuerwehrleute wirklich nicht zu begreifen.

Die Dresdener Glasfirma Friedrich Siemens am Pranger. Ein Glasmacher klagte in Dresden beim Gewerbegericht auf Herausgabe des ihm abgezogenen Einträgerlohnes. Die Glasmacher (Glasbläser) brauchen einen Einträger, einen jungen Menschen, der die eben geblasenen, noch glühenden Glasgegenstände in den Kühlofen trägt. Diesen Einträger müssen leider die in Akkord arbeitenden Glasmacher von ihrem Akkordverdienst in Stundenlohn bezahlen. Bisher bediente jeder Einträger einen Glasmacher; seit dem Herbst vorigen Jahres bedient nun ein Einträger aber zwei Glasmacher. Der Einträger bekommt aber nach wie vor 14 Pfg. Stundenlohn. Die Firma zieht jedoch jedem Glasmacher nach wie vor 14 Pfg. Einträgerlohn pro Stunde ab, wovon sie indessen nur 7 Pfg. an den Einträger bezahlt. Die Einrichtung bedeutet also bei 10stündiger Arbeitszeit eine tägliche Lohnkürzung von 70 Pfg. für jeden Glasmacher. Der infolge eines geringfügigen Streites entlassene Arbeiter klagte nun auf Herausgabe dieses Abzuges und bekam recht, — wie das Gericht entschied, — weil die hier in Betracht kommenden Maßnahmen der Firma gegen die guten Sitten verstoßen und deshalb ein Anspruch jederzeit geltend gemacht werden könnte. — Durch „Arbeiterkundgebungen" hat sich die Firma kürzlich ihre „Humanität" bescheinigen lassen. Daß ihr Verhalten den guten Sitten widerspricht, ist aber nunmehr gerichtlich bewiesen. Das Verfahren der Musterfirma ist um so mehr zu verurtheilen, als sie 36 Proz. Dividende vertheilte.

Ein anständiger Richter. Wegen Beleidigung des Amtsgerichtsraths Dr. Göring hatte sich der Redakteur der Frankfurter „Volksstimme", Genosse Zander, vor der Strafkammer zu verantworten. Unser Kollege sah sich nach Lage der Sache genöthigt, die in dem Artikel gemachten und im Vertrauen auf die Zuverlässigkeit seines Gewährsmannes von ihm aufgenommenen Vorwürfe zurückzunehmen. Herr Dr. Göring war vernünftig genug, darauf seinen Strafantrag zurückzuziehen.

Ausgewiesen wurde durch den Regierungspräsidenten in Kassel der in Großalmerode wohnende Genosse Gustav Renger. Genosse Renger ist österreichischer Unterthan; darin besteht aber sein Verbrechen nicht, denn es leben in Preußen viele Oesterreicher, ohne der Ausweisung zu verfallen. R. hat auch während seines Aufenthalts in Großalmerode stets Arbeit gehabt, hatte nie Polizeistrafen zu zahlen und ist auch sonst mit den Behörden nie in irgendwelchen Konflikt gerathen. Lästig ist er nur dadurch geworden, daß er — und zu seinem Ruhme sei es gesagt: erfolgreich — für wahre Aufklärung unter der Großalmeroder Bevölkerung sorgte. Wie die Arbeiter in Großalmerode über diese Ausweisung denken, werden sie durch ihren Stimmzettel bekunden.

Eine Festschrift zur Gründung der deutschen Sozialdemokratie ist von der Leipziger Arbeiterschaft zum 23. Mai herausgegeben worden. Die Schrift bezieht sich auf die 40jährige Wiederkehr des Gründungstages des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Sie enthält interessante Erinnerungen Bebels und Bahlteichs, bringt eine kritische, bisher noch nicht benutzte Dokumente verwendende Arbeit Mehrings über die Anfänge der Lassalleschen Bewegung und eine Darstellung der Leipziger Parteigeschichte bis zum Gothaer Einigungskongreß von Gustav Jaeckh. Sie ist reich an Porträts und anderen Abbildungen, die für die Parteigeschichte Bemerkenswerthes bieten. Unter Anderem ist ein Bildniß Lassalles wiedergegeben, das unsern Vorkämpfer mit seinem „historischen Spazierstock", einem Erbstück Robespierres, zeigt. Die vier Bogen starke Schrift kostet 40 Pfg. und ist im Verlage der Leipziger Buchdruckerei-Aktiengesellschaft erschienen.

Vom Handbuch für sozialdemokratische Wähler ist die erste Auflage vollständig vergriffen. Die im Druck befindliche zweite Auflage kommt erst Ende nächster Woche zur Versendung.

Das Majestätsbeleidigungs-Verfahren gegen den Genossen Gogowski in Posen wegen Nichtaufstehens bei einem in einer freisinnigen Wähler-Versammlung in Meseritz ausgebrachten Kaiserhoch ist eingestellt worden. Vernünftiger konnte die Staatsanwaltschaft garnicht handeln.

Zur Maifeier erläßt das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel folgenden Aufruf:

Brüssel, den 20. April 1903.

Werther Genosse!

Das internationale sozialistische Bureau ersucht alle sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen, in diesem Jahre den ersten Mai großartiger und begeisterter zu feiern als je bisher. Gemäß den Beschlüssen der internationalen Kongresse erinnert das Bureau daran, daß die Sozialdemokratie aller Länder die Pflicht hat, an diesem Tage, dem 1. Mai, zu demonstriren und zu erwägen, ob eine Arbeitsruhe stattfinden soll, und welches die beste Form dieser Kundgebung ist.

Es erinnert ferner daran, daß die Feier des 1. Mai ist: 1. Eine wirksame Demonstration für den Achtstundentag. 2. Die Bekräftigung des Klassenkampfes. 3. Der energische Ausdruck des Willens der Arbeiterklasse, die soziale Umwandlung und die Verwirklichung des nationalen Friedens herbeizuführen.

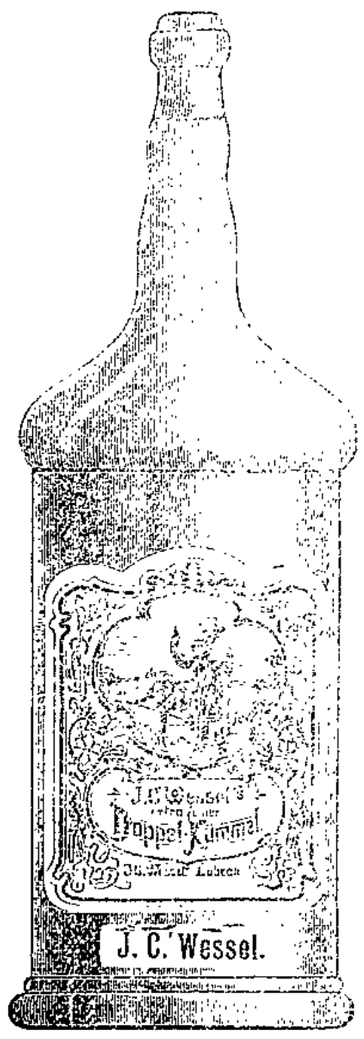
In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse, der Ausdehnung und Entwickelung des Kapitalismus einerseits, und der Macht der großen Arbeiterorganisationen wie der sozialistischen Anschauungen andererseits ist es erforderlich, daß das internationale Proletariat den ersten Mai durch eine einmüthige große Manifestation feiert, um sich für die Befreiung der Arbeiter und für den Fortschritt zum Sozialismus zu erklären.

Mit Parteigruß

Der Sekretär: V. Serwy.

Bettfedern und Daunen, billigst. L. Duve, Gr. Burgstrasse 32.

Verkauf in Gebinden u. Flaschen: **Gr. Gröpelgrube 23**
und in vielen einschlägigen Geschäften.



Mittel und Schnitten Vorzugspreise.

Unsere **Cokosnussbutter**

Palmora

zum Backen, Kochen und Braten vorzüglich geeignet, schmeckt und bräunt wie

gute Butter,

ist jedoch weit ausgiebiger, weil ohne Wasser und ohne Salz, daher beim Braten auf 3 Theile Palmora 1 Theil Wasser und Salz hinzusetzen. Ueberall erhältlich.

Pfund 60 Pfg.

Berlin, J. H. Mohr & Sohn, G. m. b. H.

Fahrräder.

Reparatur aller Systeme.
Dieselben werden auf das Sauberste ausgeführt.
Sämmtliche Ersatztheile stets auf Lager.
— Eigene Emaillir-Anstalt. —

H. Zenthien, Mechaniker, **Fackenb. Al. 53.**

---

en gros **Doppel-Kümmel** en detail
in feinster Qualität, empfiehlt
Heinr. Cords, Engelswisch 35
NB. Der Kleinverkauf ist an Werktagen von 5 Uhr Morgens an geöffnet.

Eröffne mit dem heutigen Tage eine

Bier-Stube

und zeige es allen Freunden und Bekannten an

Fritz Rocksien, Dankwartsgrube 23.

Achtung! Kohlenarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Montag den 27. April
Abends 8¾ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Achtung! Schauerleute!

Mitglieder-Versammlung
am Montag den 27. April
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
Innere Vereinsangelegenheit.
Abrechnung vom 1. Quartal 1903.
Fragekasten und Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum zur gefl Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage

Ernestinenstraße 2

eine Kolonial-, Fettwaaren-, Brot-, Flaschenbier-, Tabak- und Zigarren-Handlung

eröffnet habe. Für gute und reelle Waare bei billigsten Preisen werde ich stets Sorge tragen und bitte ich mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll **Friedr. Meins.**

Möbel!

Betten und **Polsterwaren** von der einfachsten bis zur elegantesten Einrichtung.

Garderobe!

für Herren, Damen und Kinder
in einfacher und eleganter Ausführung
auf

Abzahlung

erhalten Sie zu den denkbar leichtesten Zahlungsbedingungen
in dem durch seine Konkanz bekannten

Warenhaus mit Kreditbewilligung

von

S. Sachs

Lübeck
41 Hüxstraße 41.

Die

illustrirte Maifest-Zeitung

für 1903

gelangt heute zur Ausgabe und ist durch unsere Zeitungsausträger zum Preise von 10 Pfg. pro Exemplar zu beziehen.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Ortskrankenkasse
in Lübeck.

Ordentliche General-Versammlung der Vertreter
Donnerstag den 30. April 1903
Abends 8½ Uhr
im Hause des Bürgervereins, Königstrasse 25.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Rechnungsablage.
2. Abnahme der Jahresrechnung.
3. Wahlen zum Vorstande und Rechnungsprüfungsausschusse
4. Verschiedenes.

Die **Ersatzmänner** der Generalversammlungsvertreter, sowie die freiwilligen **Krankenkontroleure** können der Versammlung als **Zuhörer** beiwohnen

Lübeck, den 3. April 1903.

Der Vorstand

Sterbekasse „Fidelitas" für Männer und Frauen.

General-Versammlung
am Montag den 27. April
Abends 9 Uhr
in den Centralhallen (oberer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Halbjährliche Abrechnung.
2. Vorstandswahlen.
3. Wahl der Revisoren.
4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Der Vorstand.

Klub der Buren.

Außerordentliche
General-Versammlung
am Sonntag den 26. April
Nachmittags 5 Uhr

Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.

Sonntag den 26. April:
Tour nach Curau.
Abfahrt Mittags 2 Uhr vom Vereinshaus.

Der Vorstand.

Brauerei Fackenburg.

Sonntag den 26. April:
Grosses Konzert.
(Heyden'sche Kapelle).
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg.

Vereinshaus.

Am Sonntag den 26. April
in den Gaststuben:
Unterhaltungs-Musik.
ff. Eisbein.

Hôtel Kronprinz, Schwartau.
Am Sonntag den 26. April 1903:
Grosse Tanz-Musik
Hierzu ladet freundl. ein **Johs. Piquardt.**

Colosseum.

Morgen Sonntag
freie Tanz-Musik.
Anfang 4 Uhr.
W. Dassler.

Panorama

(Filiale Berlin, Passage)
Breitestrasse 53, 1. Etg.
Letzte Woche:
Herrliche Reise: Ober-Bayern.
Tegernsee, Bad Kreuth, Schliersee usw.

Billigste Herren-Garderoben

der Gegenwart.

Unsere enormen Vorräthe in **Herren- und Knaben-Garderoben** bieten Ihnen momentan eine Auswahl, wie solche wohl selten geboten werden kann. Wegen der vorgerückten Saison haben wir von heute ab eine ganz besondere Preisermäßigung eintreten lassen und verkaufen bis auf weiteres:

Herren-Anzüge	statt 10—15 Mk.	von nur **6.00**	Mk. an
Herren-Anzüge	statt 20—30 Mk.	von nur **15.50**	Mk. an
Herren-Anzüge	statt 35—45 Mk.	von nur **20.00**	Mk. an
Rock-Anzüge	statt 20—30 Mk.	von nur **16.00**	Mk. an
Rock-Anzüge	statt 35—54 Mk.	von nur **25.00**	Mk. an
Sommer-Paletots	statt 10—20 Mk.	von nur **5.00**	Mk. an

Knaben-Anzüge, Herren- und Knaben-Beinkleider sowie sämmtliche **Arbeiter-Garderoben**

zu ganz enorm billigen Preisen.

Sommer-Joppen für Herren von 80 Pfg. an.

Gebr. Vandsburger

10 Holstenstraße 10

Größtes Spezialgeschäft für Herren- u. Knaben-Garderoben.

Billigste und anerkannt reelle Einkaufsstelle.

Gasthof „Transvaal"

Schwartau, Lübeckerstraße 10

empfiehlt dem geehrten Publikum, Vereinen usw. seine Lokalitäten bestens. Gute Speisen und Getränke. Billiges Logis. **Robert Pinkert,** früher Transvaal-Freiheitskämpfer

---

Verein deutscher Schuhmacher

(Zahlstelle Lübeck)

Einladung zum Ball

am Sonntag den 26. April 1903, im „Vereinshaus",
Johannisstraße 50—52.

Anfang 5 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Ende 2 Uhr.

Das Comitee.

Wakenitz-Bellevue.

Heute Sonntag:

Tanz-Kränzchen.

H. Fürböter.

Louisenlust.

Morgen Sonntag:

Große Tanz-Musik.

W. Gloe.

Gesellschaftshaus Hüxterthor.

Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Concerthaus Flora

Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

Max Siems.

Friedrich-Franz-Halle

Heute Sonntag:

Familien-Kränzchen

Gustav Glöde.

„Zur schwarzen Dohle"

41 Hundestrasse 41.

Jeden Sonntag:

Großes Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Tanz frei.

Es ladet freundlichst ein Hans Brasch.

Neu-Lazerhof.

Großes Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.

St. Jürgen-Liederkranz.

Gesellschafts-Abend

am Sonntag den 26. April 1903
im Lokale des Hrn. Frahm
(Concordiagarten).

Karten im Vorverkauf à 60 Pfg. zu haben beim Vorstand

Anfang 6 Uhr. Einführung gestattet.

Der Vorstand.

Einladung zum

1. Stiftungsfest

der

Vereinigung ehemaliger Schüler der Ambach-Koehr'schen Schule
am Sonntag den 26. April 1903
in Hahn's Gesellschaftshaus,
Johannisstraße 25.

Anfang 5 Uhr. Herrenkarte 60 Pf., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg. Mitglieder frei.

Der Festausschuß.

Zum rothen Löwen

Heute Sonntag:

Tanz-Kränzchen.

Zoologischer Garten Lübeck.

Täglich geöffnet von Morgens 8 Uhr an.

W. Grammerstorf.

Konzerthaus Fünfhausen.

Kontinental-Olympia-Theater.

Direktion des deutsch-amerikanischen Universalkünstlers Mr. **C. Davenport.**

Sonntag den 26. und Montag den 27. April 1903:

unwiderruflich nur

2 Monstre-Vorstellungen.

Aus dem Riesen-Programm wird besonders hervorgehoben:

Novität! Sensationell! Novität!

Das Mädchen mit dem goldenen Haar
(The girl with the golden hair).
Die wunderbarste Erscheinung im Jahre 2000.
Hat in Paris, Petersburg, Wien, London die größte Sensation gemacht.

Grosser Erfolg! Kolossaler Erfolg!

Das Weltpanoptikum
Moment-Metamorphosen oder die
Gallerie lebender Statuen.

16 Perroquets 16
als Reckarbeiter, Velocipedenfahrer, Gedankenleser, Saltomortalesschläger u. s. w.
16 Perroquets 16

Sensationell! Grandiöser Erfolg!

Die aus 8 Personen bestehende weltberühmte
Androiden-Truppe.

Mr. C. Davenports
Fischfang.

Stürmischer Beifall! Um 10½ Uhr. **Kolossaler Lacherfolg!**

Eine Ueberbrettl-Komödie
des Universalkünstlers Mr. C. Davenport.

Der unübertreffliche Burleske-Imitator.

Wie auch das Loos des Lebens fällt,
Dank Denen, die Euch heiter machen.
Nichts ist gesünder auf der Welt,
Als ab und zu sich krank zu lachen.

Sensationell! Großer Erfolg! Sensationell!

Universal-Künstler Mr. C. Davenport in seinen geheimnißvollen Experimenten oder eine Stunde voller

Wunder und Ueberraschungen!

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Preise der Plätze: Sperrsitz nummerirter Stuhl 1,25 Mk., 1. Platz 75 Pfg., 2. Platz 50 Pfg.

Im Vorverkauf in der Zigarren-Handlung des Herrn **Nagel,** Am Markt, bei Herrn Zigarrenhändler **Müller,** Holstenstraße, u. in der Zigarrenhandlung von **E. Pülschen,** Breitestr., sow. im **Konzerthaus Fünfhausen:** Sperrsitz nummerirter Stuhl 1,00 Mk., 1. Platz 60 Pfg., 2. Platz 40 Pfg.

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

C. Davenport, Dir.

Halte meine amerik. Luftschaukel

den werthen Besuchern vom Lokale **Wakenitz-Bellevue** bestens empfohlen. **Carl Will.**

Kranken- und Sterbe-Kasse gewerblicher Arbeiter.
(E. H. Nr. 24.)

General-Versammlung

am Montag den 27. April 1903
Abends 8½ Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1903.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Einsegel.

Am Sonntag den 26. April: Eröffnung der Saison.

Große Tanz-Musik

im neu dekorirten Saal.

Anfang 4 Uhr. Ca. 8 Uhr: **Blumenwalzer** Chr. Koch.

Waisen-Hof. Morgen Sonntag: Tanz.

Central-Hallen Jeden Sonntag: Gr. Tanz in beiden Sälen.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

Gr. Tanzunterhaltung

Jeden Sonntag. Eintritt und Tanz frei

Anf. 4 Uhr. **Hartengr. 27**

J. Haevecke.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich — Verleger: Theodor Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Zweite Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 97. Sonntag, den 26. April 1903 10. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote."

Berlin, den 23. April 1903.

Der Reichstag begann am Donnerstag die zweite Lesung der Krankenkassen-Novelle. Es hatte sich wieder das berühmte und so ziemlich bei allen sozialpolitischen Vorlagen in Aktion tretende Niederstimmungs-Kartell gebildet, das von Richter bis Richthofen alle bürgerlichen Parteien zu einer geschlossenen Phalanx gegen die Verbesserungsanträge unserer Fraktion vereinigt. Besagtes Kartell war sich darüber schlüssig geworden, mit Ausnahme des zugleich von der sozialdemokratischen Fraktion und von dem Antisemiten Raab gestellten Antrags, die Handlungsgehülfen der Wohlthat der Krankenversicherung theilhaftig zu machen, jegliche Abänderung der Novelle, wie sie aus der Kommission hervorgegangen, kurzer Hand abzulehnen. Begründet wurde diese Ablehnung von den bürgerlichen Rednern von Gamp bis Rösicke mit der Behauptung, diese Anträge — deren Vortrefflichkeit im Prinzip fast durchweg anerkannt wurde — seien geeignet, das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern. Die Berathung gedieh bis zum § 6a, worauf Vertagung beschlossen wurde. Auf der Tagesordnung der Freitags-Sitzung stehen die Fortsetzung der Berathung des Krankenkassengesetzes, der soeben eingelaufene Nachtragsetat, namentlich aber eine Interpellation Gröber über den Fall Hüssener.

294. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf von Posadowsky, Kraetke.

Die Novelle zum Reichsbeamtengesetz wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Krankenkassen-Novelle.

§ 1 bestimmt den Kreis der der Versicherungspflicht unterliegenden Personen. Die Novelle läßt diesen Paragraphen des bestehenden Gesetzes unverändert.

Die Abgg. Albrecht und Gen. (SD.) beantragen die Ausdehnung des Versicherungszwangs auf folgende Kategorien:

1) auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter sowie auf das Gesinde;

2) auf selbstständige Gewerbetreibende in der Hausindustrie, auch wenn sie die Roh- und Hülfsstoffe selbst beschaffen, und auch für die Zeit, während der sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten.

Als Eventualantrag für den Fall der Ablehnung des Antrags auf Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. Einfügung eines § 1a, des Inhalts, daß die Vorschriften des § 1 auch auf die Land- und Forstarbeiter Anwendung finden, wofern nicht ein von der höheren Verwaltungsbehörde genehmigter Gemeindebeschluß das Gegentheil bestimmt.

Ferner beantragen die Abgg. Albrecht und Gen., die Ausschließung der Seeschiffsmannschaften von der Versicherungspflicht auf diejenigen Fälle zu beschränken, in denen für anderweitige Krankenpflege der betreffenden Mannschaften auf die Dauer von 26 Wochen Sorge getragen ist.

Endlich beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. in Uebereinstimmung mit einem Antrag Raab Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Handlungs-Gehülfen und -Lehrlinge.

Raab (A.) begründet seinen Antrag und bedauert, daß derselbe durch die Fülle der von den Sozialdemokraten eingebrachten anderen Anträge gefährdet werde.

Stadthagen (SD.) ersucht um Annahme der sozialdemokratischen Anträge, die dazu bestimmt sind, die Lücke zwischen Kranken- und Invalidenversicherung auszufüllen und den Kreis der Versicherten beider Gesetze gleichzumachen. Für einen Theil der Arbeiter läßt die Novelle noch eine Lücke von 26 Wochen. Zum Dank an die Regierung für diese Vorlage, die die Arbeiter schwer schädigt, liegt gar kein Anlaß vor. Ganz hinfällig ist die Behauptung, daß die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter undurchführbar sei. Die ländlichen Arbeiter verlangen die Durchführung unserer Anträge als ihr gutes Recht, ebenso die Seeleute und Hausindustriellen. Es ist gerichtlich festgelegt, daß Gutsbesitzer erkrankte ländliche Arbeiter hilflos liegen gelassen, ja noch gemißhandelt haben. Unser Eventual-Antrag entspricht einem früheren Antrag des konservativen Abgeordneten v. Maltzahn. Nur am Widerstand des Zentrums scheiterte damals die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Der von uns jetzt aufgenommene Antrag wurde damals mit 136 gegen 134 Stimmen abgelehnt. In der Kommission wurde uns eine Zusammenstellung darüber versprochen, in wie weit von den Einzelstaaten von dem statutarischen Recht, die Versicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht worden ist. Leider haben wir diese Zusammenstellung nicht erhalten, wohl aus Mangel an Material. Was haben die ländlichen Arbeiter verbrochen, daß man sie der Wohlthat der Krankenversicherung beraubt? Mit der patriarchalischen Fürsorge der Gutsbesitzer ist es nichts, das hat schon Herr v. Bötticher zugeben müssen. Lehnen Sie unseren Antrag ab, so können Sie unmöglich sagen, daß Sie etwas sozial Werthvolles geschaffen haben. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Geheimrath Dr. Eucken-Addenhausen polemisirt gegen einige Ausführungen des Abg. Stadthagen.

Rösicke-Dessau (FVg.): Immerhin bringt die Vorlage, soviel sie auch zu wünschen übrig läßt, einige Verbesserungen. Die Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter und des Gesindes wäre nothwendig, würde aber, wenn selbst vom Hause angenommen, das Gesetz am Widerspruch der Regierung scheitern lassen. Wir müssen uns daher mit dem Erreichbaren genügen, wozu die Einbeziehung der Handlungsgehülfen gehört. Mögen sich die Sozialdemokraten, die doch zuerst sogar im Interesse eines schnellen Zustandekommens der Vorlage von einer Kommissionsberathung nichts wissen wollten, in der Beschränkung der Diskussion ebenso als Meister zeigen, wie im Stellen von Anträgen! (Bravo! links.)

Gamp (Rp.): Wir werden ausnahmslos für die Kommissionsbeschlüsse stimmen, obwohl wir z. B. die Nichteinbeziehung der Handwerker in die Krankenversicherung bedauern. Die Einbeziehung der Hausindustriellen werden wir bei späterer Gelegenheit wohlwollend prüfen. Eine reichsgesetzliche Regelung der Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter ist, wie jeder Sachkenner zugeben muß, unmöglich; es ist aber auf dem platten Lande für die landwirthschaftlichen Arbeiter vielfach besser gesorgt, als es nach der Reichsgesetzgebung der Fall sein würde. — Dringlich ist die Regelung der Aerztefrage. Aerzte und Versicherungsbeamte beschweren sich mit Recht über den Terrorismus der sozialdemokratischen Parteileitung. Wenn die Herren Sozialdemokraten ihre Anträge nicht zurückziehen wollen, sollten sie sich wenigstens mit einer allgemeinen Begründung begnügen, damit wir die Novelle bald verabschieden können. Es ist heute so schönes Frühlingswetter. (Heiterkeit.) Es drängt einen hinaus in Gottes freie Natur. Seien Sie (zu den Soz.) doch verständig und ziehen Sie die Anträge zurück. (Gelächter bei d. Soz.; Beifall rechts.)

Trimborn (Z.) erklärt sich im Interesse des Zustandekommens der Vorlage gegen alle Abänderungsanträge mit Ausnahme des Antrags Raab.

Frhr. v. Richthofen (K.): Die Reden, die hier jetzt noch gehalten werden, sind nichts als Wahlreden. Die Anträge Albrecht verfolgen nur einen agitatorischen Zweck. Wir werden für die Kommissionsbeschlüsse und den Antrag Raab stimmen.

Albrecht (SD.): Wenn unsere Haltung bei der Krankenkassen-Novelle eine andere ist, als beim Wahlreglement, so liegt das daran, daß beide Vorlagen sich eben sehr unterscheiden. Wollten wir uns noch mehr Einschränkungen auferlegen, als wir schon gethan haben, so würden wir nicht mehr Meister in der Beschränkung, sondern in der Beschränktheit sein. Besonders nothwendig und prinziniell ja auch von allen Parteien anerkannt ist die Ausdehnung der Versicherung auf die Hausindustrie. Der Ausschluß der Heimarbeit von der Versicherungspflicht ist direkt eine Prämie für die gemeinschädliche Heimarbeit. Wenn es Herrn Gamp ins Freie zieht, so mag er seinem Drange folgen, wir haben Zeit und werden uns bemühen, die Novelle nach Möglichkeit zu verbessern. (Bravo! b. d. Soz.)

Franken (NL.) erklärt sich gegen alle Abänderungsanträge mit Ausnahme des Antrags Raab.

Dr. Hasse (NL.) hofft, daß bald eine neue, das Verhältniß der Aerzte zu den Krankenkassen regelnde Novelle eingebracht werde.

Damit schließt die Diskussion über § 1.

Der Antrag Raab und der damit identische Antrag Albrecht wird einstimmig angenommen; alle übrigen sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt. § 1 wird mit der betr. Aenderung einstimmig angenommen.

§ 3 der Kommissionsbeschlüsse schließt Soldaten, sowie im Dienste des Reiches, eines Staates oder eines Kommunalverbandes stehende Personen von der Versicherungspflicht aus, falls sie für 13 Wochen nach der Erkrankung und bei Fortdauer der Erkrankung weitere 13 Wochen Anspruch auf Fortzahlung des Gehaltes oder Lohnes, oder auf Krankenunterstützung oder auf Pension, Wartegeld usw. haben.

Abgg. Albrecht u. Gen. beantragen, nur solche Personen der im § 3 genannten Kategorien auszuschließen, die Anspruch auf Fortzahlung des Gehaltes oder auf Krankenunterstützung für mindestens 26 Wochen haben.

Stadthagen (SD.) begründet diesen Antrag, der indessen abgelehnt wird.

§ 6 bestimmt, daß als Krankenunterstützung zu gewähren ist: 1) vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei, Brillen, Bruchbänder und ärztliche Heilmittel, 2) im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in der Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagesarbeiter.

Die Krankenunterstützung endet spätestens mit dem Ablauf der 26. (bis jetzt der 13.) Woche nach dem Beginn der Krankheit.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. (SD.) unter Nr. 1 das Wort „ähnliche" durch „sonstige" zu ersetzen, ferner hinter „Heilmittel" zuzufügen: „die zur Sicherung des Erfolges des Heilverfahrens erforderlichen Hilfsmittel (Krücken rc.), in Nr. 2 die Worte „vom dritten Tage ab", sowie „die Hälfte" zu streichen, sowie ferner, dem Absatz 2 folgende Ziffern hinzuzufügen: 3) eine Unterstützung in Höhe des Krankengelds an Wöchnerinnen, „welche innerhalb des letzten Jahres, vom Tage der Entbindung ab gerechnet, mindestens 6 Monate hindurch einer auf Grund dieses Gesetzes errichteten Kasse oder einer Gemeindekrankenversicherung angehört haben, auf die Dauer von 6 Wochen nach ihrer Niederkunft" (Die Bestimmungen des § 6 beziehen sich auf die Gemeindekrankenversicherung.) und 4) für den Todesfall eines Mitglieds ein Sterbegeld im zweiundzwanzigfachen Betrage des ortsüblichen Tagelohnes, mindestens aber 50 Mk.

Molkenbuhr (SD.): Unsere Anträge bezwecken, den Versicherten für die erhöhte Beitragslast ein annäherndes Aequivalent zu gewähren, andererseits bezwecken sie eine bessere und den Versicherten günstige Fassung des Paragraphen 6, der den Maßstab dessen abgiebt, was die Krankenversicherung zu leisten hat. Dringend nothwendig ist zumal die Wöchnerinnenunterstützung, da die Wöchnerinnen jetzt gezwungen sind, sich möglichst rasch nach Arbeit umzusehen, wodurch ihre Gesundheit sehr gefährdet wird. Ebenso bitte ich dringend um Annahme unseres Antrages auf Gewährung eines Sterbegeldes. Wenn Sie unsere Anträge ablehnen, so nehmen Sie den Versicherten durch die Beitragserhöhung 4 Millionen ab, um ihnen auf der anderen Seite nur etwa 1 Million zu geben. Damit werden die Versicherten ganz sicher nicht einverstanden sein. (Bravo! b. d. Soziald.)

Staatssekretär Graf Posadowsky wendet sich im Interesse des Zustandekommens der Vorlage gegen die Anträge Albrecht. Dieselben werden mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und § 6 in der Kommissionsfassung angenommen. § 6a des bestehenden Gesetzes bestimmt, daß die Gemeinden ermächtigt sind, Personen, die sich eine Krankheit vorsätzlich, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben, das Krankengeld nicht zu gewähren. Hier hat die Regierung die Worte „geschlechtliche Ausschweifungen" gestrichen. Ein Antrag Albrecht will außerdem die Worte „durch Trunkfälligkeit" streichen, ebenso ein Antrag Esche (NL.)

Brigitta.

Erzählung von Adalbert Stifter.

9. Fortsetzung.

Unter den Gesprächen der verschiedensten Art, von der Zukunft des Landes, von Hebung und Verbesserung des gemeinen Mannes, von Bearbeitung und Benutzung des Bodens, von Ordnung und Einschränkung des Donaustromes, von ausgezeichneten Persönlichkeiten der Vaterlandsfreunde, kamen wir durch den größten Theil des Parkes, da sie uns, wie ich schon oben sagte, nicht durch ihre Besitzungen herumführen, sondern uns nur Gesellschaft leisten wollte. Da wir zu dem Hause zurückkehrten, war es Essenszeit. Zum Mahle kam auch Gustav, der Sohn Brigittas, mit ziemlich verbrannten Wangen, ein lieblich schlanker Jüngling, eine Blume von Gesundheit. Er hatte heute an der Stelle der Mutter die Felder besucht und die Arbeiten eingetheilt und berichtete ihr jetzt manches mit kurzen Worten. Bei Tische saß er horchend und bescheiden unten an; in seinen schönen Augen lag Begeisterung für die Zukunft und unendliche Güte für die Gegenwart. Da auch, wie bei dem Major, das Gesinde mit an dem Tische saß, so bemerkte ich meinen Freund Milosch, der mich zum Zeichen alter Bekanntschaft grüßte.

Der größte Theil des Nachmittags verging mit Besichtigung mehrerer Veränderungen, die dem Major neu waren, mit einer Runde im Garten und mit einem Gange durch den Weinberg.

Gegen Abend nahmen wir Abschied. Da wir unsere Kleider zusammensuchten, machte Brigitta dem Major einen Vorwurf, daß er neulich in der Nachtluft von Gömör weg in leichten Kleidern nach Hause geritten sei — ob er denn nicht wisse, wie tückisch die Tauluft dieser Ebene sei, daß er sich so aussetze? Er vertheidigte sich nicht und sagte, er werde in Zukunft schon vorsichtiger sein. Ich aber wußte recht gut, daß er damals seine Bunda Gustav aufgenöthigt hatte, der ohne eine gekommen war, und dem er vorgelogen hatte, daß er noch eine andere im Stalle liegen habe. Dieses Mal aber schieden wir mit allem hinlänglich versorgt und verwahrt. Brigitta selbst bekümmerte sich um jedes und ging erst in das Haus zurück, als wir schon in unsern dichten Oberkleidern zu Pferde saßen und der Mond aufging. Sie hatte dem Major noch ein paar Aufträge gegeben und beurlaubte sich dann mit einfacher, edler Freundlichkeit.

Die Gespräche der zwei Menschen waren den ganzen Tag über ruhig und heiter gewesen, aber mir schien es, als zitterte eine heimliche Innigkeit durch, der sich beide schämten, Raum zu geben, wahrscheinlich, weil sie sich für zu alt hielten. Auf dem Rückwege aber sagte der Major zu mir, als ich mich einiger wahrhafter, aufrichtiger Lobesworte auf diese Frau nicht enthalten konnte: „Freund! ich bin oft in meinem Leben heiß begehrt worden, ob auch so geliebt, weiß ich nicht; aber die Gesellschaft und die Achtung dieser Frau ist mir ein größeres Glück auf dieser Welt geworden als jedes andere in meinem Leben, das ich für eines gehalten habe."

Er hatte diese Worte ohne alle Leidenschaft gesagt, aber mit einer solchen Ruhe der Gewißheit, daß ich in meinem Herzen von der Wahrheit derselben vollständig überzeugt war. Mir geschah es in diesem Augenblicke beinahe, was sonst nicht meine Art ist, daß ich den Major um diese Freundschaft und um sein häusliches Wirken beneidete; denn ich hatte damals recht auf der ganzen Welt nichts Festes, um mich daran zu halten, als etwa meinen Wanderstab, den ich wohl in Bewegung setzte, dieses und jenes Land zu sehen, der aber doch nicht recht nachhalten wollte.

Als wir nach Hause kamen, trug mir der Major an, daß ich noch den Sommer und Winter bei ihm zubringen möchte. Er hatte begonnen, mich mit größerer Vertraulichkeit zu behandeln und mich tiefer in sein Leben und sein Herz blicken zu lassen, daß ich eine große Liebe und Neigung zu dem Manne faßte. Ich sagte also zu. Und da ich dieses nun einmal gethan hätte, sagte er, so wolle er mir auch sogleich einen Geschäftszweig seines Hauses auftragen, den ich ständig besorgen sollte — es würde mich nicht reuen, sagte er, und würde mir gewiß in der Zukunft von Nutzen sein. Ich willigte ebenfalls ein, und in der That, es war mir von Nutzen. Daß ich nun einen Hausstand habe, daß ich eine liebe Gattin habe, für die ich wirke, daß ich nun Gut um Gut, That um That in unsern Kreis hereinziehe, verdanke ich dem Major. Als ich einmal ein Theil jenes einträchtigen Wirkens war, das er entfaltete, wollte ich doch die Sache so gut machen, als ich konnte, und da ich mich übte, machte ich sie immer besser, ich war nützlich und achtete mich; und da ich die Süßigkeit des Schaffens kennen lernte, erkannte ich auch, um wie viel mehr werth sei, was ein gegenwärtig Gutes setzt, als das bisherige Hinschlendern, das ich Erfahrungen sammeln nannte, und ich gewöhnte mich an Thätigkeit.

So ging die Zeit nach und nach hin, und ich war unendlich gerne in Uwar und seiner Umgebung.

Ich kam in diesen Verhältnissen öfter nach Maroshely. Man achtete mich, und ich war fast wie ein Glied der Familien und lernte die Sachlage immer besser kennen. Von einer unheimlichen Leidenschaft, von einem fieberhaften Begehren, oder gar von Magnetismus, wie ich gehört hatte, war keine Spur. Dagegen war das Verhältniß zwischen dem Major und Brigitta von ganz merkwürdiger Art, daß ich nie ein ähnliches erlebt habe. Es war ohne Widerrede das, was wir zwischen Personen verschiedenen Geschlechtes Liebe nennen würden, aber es erschien nicht als solches. Mit einer Zartheit, mit einer Verehrung, die wie an die Hinneigung zu einem höheren Wesen erinnerte, behandelte der Major das alternde Weib; sie war mit sichtlicher Freude darüber erfüllt, und diese Freude, wie eine späte Blume, blühte auf ihrem Antlitze und legte einen Hauch von Schönheit darüber, wie man es kaum glauben sollte, aber auch die feste Rote

Nach dem Kommissionsbeschluß können die Gemeinden weiter die Auszahlung der Krankenunterstützung an Versicherte, die ununterbrochen 26 Wochen Unterstützung erhalten haben, nur für die Gesammtdauer von 13 Wochen gewähren, sofern der neue Unterstützungsfall im Laufe der nächsten zwölf Monate eintritt. Hier will ein Antrag Albrecht (SD.) statt „13 Wochen" setzen „26 Wochen". Ein Antrag Albrecht will ferner streichen, die Bestimmung des § 6a, wonach die Gemeinden beschließen können, daß die ärztliche Behandlung, die Lieferung der Arznei, u. s. w. nur durch bestimmte Aerzte, Apotheken u. s. w. zu gewähren sind.

Endlich verlangt ein Antrag Albrecht, daß die Gemeinden ermächtigt sein sollen, die in § 21 für Ortskrankenkassen für zulässig erachteten Erhöhungen und Erweiterungen der Unterstützungsleistungen zu beschließen.

Dr. Esche (NL.) begründet seinen Antrag auf Streichung der Worte „durch Trunkfälligkeit."

Roesicke-Dessau (FVg.) spricht sich im gleichen Sinne aus.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die hier angeregte Frage ist gar nicht so einfach zu lösen. Man kann doch gewerbsmäßigen Trinkern kein Krankengeld in die Hand geben. Solche Personen müßten in Trinkerasylen untergebracht werden. Für die Streichung der Geschlechtskrankheiten lag der wichtige hygienische Grund vor, daß diese Krankheiten übertragbar sind.

Dr. Esche (NL.) zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Beckh-Coburg (FVp.) erklärt sich für die Streichung der Worte „durch Trunkfälligkeit". Wenn auch die Trunksucht nicht ansteckend wirke, so wirke übermäßiger Alkoholgenuß doch degenerirend auf die Nachkommenschaft des Betreffenden. (Zustimmung links.)

Stadthagen (SD.) tritt ebenfalls für die Streichung der Worte „durch Trunkfälligkeit" ein. Was ist denn überhaupt trunkfällig? Wörtlich genommen sind wir alle trunkfällig. Wenn der Trunk fällig ist, soll man den Durst löschen. (Heiterkeit.) Alle diese Ausnahmen stehen in Widerspruch mit dem Grundgedanken des Krankenversicherungsgesetzes. Das Gesetz ist doch nicht dazu da, neben dem Strafgesetz noch besondere Strafbestimmungen zu schaffen. Mit unserem Antrag wegen der 26wöchentlichen weiteren Unterstützung bei einer erneuten Erkrankung an solche Versicherte, die bereits eine 26wöchentliche Unterstützung bezogen haben, vertheidigen wir den Standpunkt des Reichsamtes des Innern. Es kommen hier besonders Herz-, Lungen- und Magenleidende in Betracht. Für diese Kranken darf keine Lücke in der Entschädigungsfrist bestehen. Die Gemeindekrankenversicherung ist seiner Zeit lediglich als ein Nothbehelf gedacht. Um so nothwendiger ist es, hier nicht zu weit zu gehen in den Befugnissen an die Gemeindebehörden. Wir beantragen deshalb Streichung der Bestimmung, wonach die Gemeinden die freie Aerztewahl ablehnen können. In der Schweiz besteht überall bei der Gemeindekrankenversicherung die freie Aerztewahl. Wenn Sie wirkliche Freunde der Arbeiterschaft sind, müssen Sie unsere Anträge annehmen. (Beifall bei den Soz.)

Direktor im Reichsamt des Innern, Caspar, weist darauf hin, daß weitergehende Leistungen der Krankenkassen nicht ohne allgemeine Erhöhung der Beiträge möglich wären.

Roesicke-Dessau (FVg.) erklärt sich für den sozialdemokratischen Antrag, der auch den bereits in einem Jahre 26 Wochen Unterstützten im nächsten Jahre wieder den Anspruch auf abermalige Unterstützung von 26 Wochen gewähren will.

Molkenbuhr (SD.) erklärt nochmals gegenüber einer gegentheiligen Behauptung des Geheimraths Dr. Beckmann, daß den Arbeitern durch die Erhöhung der Beiträge mehr genommen werde, als ihnen durch die Fristverlängerung der Unterstützung geboten werde.

Dann schließt die Diskussion.

In der Abstimmung werden die Anträge Albrecht abgelehnt, ebenfalls der Antrag auf Streichung der Worte „durch Trunkfälligkeit" gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen. Der Beschluß der Kommission auf Streichung der Worte „durch geschlechtliche Ausschweifungen" wird gegen die Stimmen der Mehrheit des Zentrums und eines Theiles der Konservativen angenommen, ebenso der ganze § 6a in der Kommissionsfassung.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Interpellation Gröber (Z.) über den Fall Hüffener in Essen, Nachtragsetat, Krankenkassennovelle).

Schluß 6¾ Uhr.

Aus Nah und Fern.

Die Opfer der Schneestürme. Wie aus Breslau gemeldet wird, worden abermals sieben im Schneesturme erfrorene Personen aufgefunden. Die Zahl der Verunglückten in Schlesien beträgt somit 22. Auch im Kreise Kempen in der Provinz Posen wurden zwei Arbeiter und ein Maurerlehrling erfroren aufgefunden. Unweit Bretsche erfror im Schneesturm der 26jährige Lehrer Deutschmann und bei Ostrowo der Wirthschaftsbesitzer Glatzel aus Lewkow.

Berlin. Unterschlagungen. Das Landgericht verurtheilte den Tischlermeister Kreuzke, welcher im Jahre 1901 die Berliner Spar- und Kreditbank durch Wechselfälschungen um 11 000 Mk. schädigte, zu drei Jahren Gefängniß. Das Landgericht verurtheilte ferner den Kassirer Schulemann, welcher bei einem landwirthschaftlichen Verein 9000 Mk. unterschlug und die Geldrollen durch Spielmarken ersetzte, zu einem Jahr Gefängniß.

Eine Skandalgeschichte beschäftigte dieser Tage die 2. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die Angeklagte unverehelichte Marie Bredow unterhielt am Schiffbauerdamm 34 ein elegant ausgestattetes Quartier, wo fortgesetzt Herren der Lebewelt verkehrten. Junge Mädchen im Alter von 16 bis 20 Jahren traten dort mit den jungen Männern in Verbindung. Einige von ihnen, die schon auf einer tiefen sittlichen Stufe standen, haben auch zwei junge Mädchen, von denen das eine eben erst 14 Jahre, das andere 13 Jahre alt war, überredet, an dem lichtscheuen Treiben, das sich in der Wohnung der Angeklagten tagtäglich entwickelte, Theil zu nehmen. Als die Polizei Ende Februar das Nest aushob, wurde der Verkehr dieser Mädchen in der Höhle des Lasters festgestellt und die Angeklagte in Haft genommen. Sie wurde nun wegen Kuppelei und Beihülfe zum Sittlichkeitsverbrechen zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Ein Begräbniß mit Hindernissen. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich Montag anläßlich einer Beerdigung auf der Verdener Straße in Nienburg, a. W. als ein scheu gewordenes Pferd mit dem Wagen von hinten in das zahlreiche Trauergefolge hineinraste. Mehrere Personen wurden nur leicht verletzt, dagegen der Faktor der Hoffmannschen Buchdruckerei, van Ackern, dem „Hannov. K." zufolge, so schrecklich zugerichtet, daß er bald darauf verschied. Ein Arzt, der sich ebenfalls im Gefolge befand, leistete die erste Hilfe. Unmittelbar vor dem Leichenwagen rissen die Stränge, andernfalls würde der Vorfall noch weitere schlimme Folgen gehabt haben.

Die Namenlose. Bezüglich der Feststellung des von der vormaligen Kronprinzessin von Sachsen zu führenden Namens sind, wie das „Chemnitzer Tageblatt" mittheilt, mit allseitiger Zustimmung Verhandlungen begonnen worden, die zu einer endgültigen Regelung der Frage führen werden. Angeblich wird es sich für die frühere Kronprinzessin um den Titel einer Gräfin handeln. Eine definitive Festsetzung des Namens ist noch nicht erfolgt.

Die Mißstimmung in Sachsen über die jüngsten Vorfälle muß außerordentlich groß sein, wenn sich sogar ein durchaus regierungsfreundliches Blatt, wie die „Dresd. Nachr." es sind, zu folgender Auslassung versteht:

„Es hieße die Augen absichtlich vor offenkundigen Thatsachen, auf die man bei jedem Schritt stoße, verschließen, wenn man diese Mißstimmung (zunächst der Dresdner Bevölkerung) leugnen wolle. Besonders aber ist die Gemüthsstimmung weiter Schichten in letzter Zeit bedrückt worden durch die nachhaltigen Versuche offiziöser Kreise, auf die Empfindungsäußerung der Dresdner Einwohnerschaft bestimmend einzuwirken. Es muß ausgesprochen werden, daß mit den gedachten Maßnahmen ein nichts weniger als glücklicher Weg betreten worden ist, selbst wenn man zunächst auf einen äußeren Erfolg hinweisen kann. Diese Auffassung reicht weit in die Kreise der Bevölkerung hinein, deren staatserhaltende, nationale und monarchische Gesinnung über allen Zweifel erhaben ist. Es liegt hier ein Mißgriff vor, der als Gewissenszwang empfunden wird."

Dahin ist es also glücklich mit der künstlichen Empfangsinszenierung für die Rückkehr des Königs gekommen.

Neustadt a. H. Lustmord? Nach einer Meldung der „Frkf. Ztg." wurde Mittwoch Morgen im Dorfe Knopp, Bezirksamt Zweibrücken, die 19jährige Ida Keßler, Schwägerin des Bürgermeisters, im Stall mit durchschnittenem Halse aufgefunden. Der Knecht des Bürgermeisters, der kürzlich aus dem Gefängniß entlassene 42jährige Karl Bohn ist der That verdächtig. Er ist flüchtig.

Ein Streik der Rechtsanwälte ist am Landgericht in Dortmund ausgebrochen. Die Veranlassung ist folgende: Am Dienstag fanden gleichzeitig fünf Sitzungen statt. In einer von diesen hatte der betr. Richter das Bibliothekzimmer gewählt, das gewöhnlich als Aufenthaltsort für die gerade nicht auftretenden Rechtsanwälte dient. Diesen wurde bedeutet, sie möchten sich auf dem Korridor aufhalten. Die Rechtsanwälte traten auch in dem Korridor zu einer kurzen Besprechung zusammen und beschlossen den — Ausstand, d. h. sie verließen das Gerichtsgebäude, nachdem sie den Kammern von diesem Beschlusse Mittheilung gemacht hatten.

Schutz gegen Schutzleute. Die Strafkammer in Düsseldorf verurtheilte Donnerstag die Polizeibeamten Adolf Walter und Arnold Heinrichs zu je einem Jahr drei Monaten Gefängniß und verfügte deren sofortige Verhaftung, zwei andere Polizisten wurden zu vier resp. sieben Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Angeklagten hatten am 28. Dezember v. J. in einer Wirthschaft in Gerresheim eine Reihe Personen ohne jeglichen Grund mit der Waffe schwer mißhandelt. — Die Strafkammer in Heilbronn verurtheilte den Polizeidiener Schmid von Großbottwar wegen erschwerter Körperverletzung zu einer Gefängnißstrafe von 4 Monaten und zu einer Buße von Mk 150. Er hatte einem Weingärtner Müller mit seinem Seitengewehr von rückwärts vier Hiebe über den Kopf und die Schultern versetzt, so daß Müller mehrere Wochen arbeitsunfähig war. Das Gericht zog strafmildernd in Betracht, daß Schmid in einer Wirthschaft zuvor gehänselt worden war, und daß man ihm seine Waffe entzogen hatte.

Wieder einmal die Bebel'sche Villa. Vor etwa 1200 Hörern sprach dieser Tage im Saale des Gewerkschaftshauses zu Worms Genosse Bebel. Es war die erste Rede, die der Führer der Sozialdemokratie Deutschlands hier gehalten hat. Am Schlusse seiner mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede widmete Bebel den Artikeln, mit denen das Leiborgan des Frhrn. von Heyl, die „Worms. Ztg.", ihn hier willkommen geheißen hatte, einige Worte. In der „Wormser Zeitung" war am Freitag folgende Annonce zu lesen:

Offene Anfrage an Herrn Bebel!

Wir richten an Herrn Bebel die Anfrage, warum er nicht seine schöne Villa in der Schweiz den deutschen Arbeitern als Erholungsheim zur Verfügung stellt? Wir wären ihm für eine Erklärung hierüber morgen sehr dankbar. Kritisiren ist freilich billiger und leichter als Handeln, ein gutes Beispiel ist aber besser als Reden. Der Kapitalist Bebel ist aber am allerersten berufen, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Mehrere Arbeiter.

Die „Wormser Volksztg." sagt dazu: Wir haben schon die Vermuthung ausgesprochen, daß die „Arbeiter", welche diese Annonce in der „W. Ztg." aufgegeben und bezahlt hatten, wohl selbst Villenbesitzer seien. Gen. Bebel hat der Versammlung genauen Aufschluß gegeben. Er sagte nach der „Wormser Volksztg.": „Herr von Heyl hat ja die Möglichkeit, sich bei der Berliner Steuerbehörde zu erkundigen, inwiefern ich Kapitalist bin, er wird sehr überrascht sein. Mein Jahreseinkommen ist kleiner als die Summe, die Herr von Heyl täglich zu verzehren hat. Was die „Villa in der Schweiz" betrifft, so kann ich mittheilen, daß es nur ein einfaches Wohnhaus ist, in dem mehrere Familien wohnen. In diesem Hause habe ich — dummer Weise — das wenige Geld, das ich hatte, angelegt. Ich bewohne, nebenbei bemerkt, während der Zeit, die mir meine parlamentarische Thätigkeit zur Erledigung von Arbeiten, die ich im politischen Kampfe in Berlin nicht zu Ende bringen kann, übrig läßt, in dem Haus eine Drei Zimmerwohnung im Dachgeschoß. Weil aber die Unterhaltungskosten — dem Nutzen, den ich von dem Haus habe, entsprechend — für mich zu hoch sind, würde ich es gern Herrn v. Heyl, sogar unterm Werth, verkaufen. Aber ich versichere heute: an dem Tage, an welchem Herr von Heyl seine hiesige Villa und sein Schloß zu Herrnsheim für seine Arbeiter als Erholungsheim einrichtet, bin auch ich bereit, meine Villa den deutschen Arbeitern zur Verfügung zu stellen."

Freiburg i. B. Doppelmörder. Das Schwurgericht verurtheilte den 24jährigen Richard Weißer wegen Raubmordes an dem Trödler Burgheimer und Ermordung der Fabrikarbeiterin Kirchhofer zum Tode, ebenso seinen Genossen Hermann Ziegler.

Lemberg. Großfeuer. In Uhnow (Bezirk Rawaruska) brannten 40 Häuser nieder. Gleichzeitig fanden Ausschreitungen gegen die Juden statt, bei denen mehrere Juden schwer verletzt wurden und viele Gewaltthätigkeiten vorkamen. Es ist daher dort Militär eingetroffen.

Sturmkatastrophe in Australien. Wie aus Queensland der „Köln. Ztg." berichtet wird, herrschte dort im März ein derartiger Sturm, daß die blühende Stadt Townsville theilweise in Trümmer gelegt wurde. Viele Menschen kamen um; Kirchen- Schulgebäude, zahlreiche Gasthöfe bilden große Trümmerhaufen; die Seitenmauer des großen städtischen Krankenhauses stürzte ein, die Kranken unter den Trümmern begrabend. Townsville ist nächst Brisbane der wichtigste Hafenplatz des Staates Queensland und liegt in unmittelbarer Nähe der reichsten Goldfelder Australiens, deren Mittelpunkt das auch von zahlreichen Deutschen bewohnte Charters Towers ist.

---

der Heiterkeit und Gesundheit. Sie gab dem Freunde dieselbe Achtung und Verehrung zurück, nur daß sich zuweilen ein Zug von Besorgniß um seine Gesundheit, um seine kleinen Lebensbedürfnisse und dergleichen einmischte, der doch wieder dem Weibe und der Liebe angehörte. Ueber dieses hinaus ging das Benehmen beider nicht um ein Haar — und so lebten sie nebeneinander fort.

Der Major sagte einmal zu mir, daß sie in einer Stunde, wo sie, wie es selten zwischen Menschen geschieht, miteinander inniger über sich selber sprachen, festgesetzt haben, daß Freundschaft der schönsten Art, daß Aufrichtigkeit, daß gleiches Streben und Mittheilung zwischen ihnen herrschen sollte, aber weiter nichts. An diesem sittlich festen Altare wollen sie stehen bleiben, vielleicht glücklich bis zum Lebensende: sie wollen keine Frage weiter an das Schicksal thun, daß es seinen Stachel habe und nicht wieder tückisch sein möge. Dies sei nun schon mehrere Jahre so und werde so bleiben.

Das hatte der Major zu mir gesagt — allein in einiger Zeit darauf that das ungefragte Schicksal von selber eine Antwort, die alles schnell und auf unerwartete Art löste.

Es war schon sehr spät im Herbste, man konnte sagen, zu Anfang des Winters, ein dichter Nebel lag eines Tages auf der bereits fest gefrorenen Heide, und ich ritt eben mit dem Major auf jenem neugebauten Wege mit der jungen Pappelallee, wir hatten vor, vielleicht ein wenig zu jagen, als wir plötzlich durch den Nebel herüber zwei dumpfe Schüsse fallen hörten.

„Das sind meine Pistolen und keine andern," rief der Major.

Ehe ich etwas begreifen und fragen konnte, sprengte er schon die Allee entlang, so jachtbar, wie ich nie ein Pferd habe laufen gesehen; ich folgte ihm nach, weil ich ein Unglück ahnte, und als ich wieder zu ihm kam, traf ich auf ein Schauspiel, so gräßlich und so herrlich, daß noch jetzt meine Seele schaudert und jauchzt: an der Stelle, wo der Galgen steht und der Binsenbach schillert, hatte der Major den Knaben Gustav gefunden, der sich nur noch matt gegen ein Rudel Wölfe wehrte. Zwei hatte er erschossen, einen, der vorne an sein Pferd gesprungen war, wehrte er mit seinem Eisen, die andern bannte er für den Augenblick mit der Wuth seiner vor Angst und Wildheit leuchtenden Augen, die er auf sie bohrte; aber harrend und lauernd umstanden sie ihn, daß eine Wendung, ein Augenzucken, ein Nichts Grund werden konnte, mit eins auf ihn zu fallen — da, im Augenblicke der höchsten Noth, erschien der Major. Als ich ankam, war er schon wie ein verderblich Wunder, wie ein Meteor, mitten unter ihnen — der Mann war fast entsetzlich anzuschauen, ohne Rücksicht auf sich, fast selber wie ein Raubthier warf er sich ihnen entgegen. Wie er von dem Pferde gekommen war, hatte ich nicht gesehen, da ich später ankam; den Knall seiner Doppelpistole hatte ich gehört, und wie ich auf dem Schauplatze erschien, glänzte sein Hirschfänger gegen die Wölfe, und er war zu Fuß. Drei — vier Sekunden mochte es gedauert haben, ich hatte bloß Zeit, mein Jagdgewehr unter sie abzudrücken, und die unheimlichen Thiere waren in den Nebel zerstoben, als wären sie von ihm eingetrunken worden.

„Lodet," schrie der Major, „sie werden gleich wieder hier sein."

Er hatte die weggeschleuderten Pistolen aufgerafft und stieß die Patronen hinein. Wir luden auch, und in dem Augenblicke, da wir ein wenig still waren, vernahmen wir den unheimlichen Trab um die Galgeneiche herum. Es war klar, die hungrigen, gefangtigten Thiere umkreisten uns, bis ihnen wieder etwas der Muth zum Angriffe gewachsen sein würde. Eigentlich sind diese Thiere, wenn sie nicht von dem Hunger gespornt werden, feig. Wir waren zu einer Wolfsjagd nicht gerüstet, der unselige Nebel lag dicht vor unsern Augen, daher schlugen wir den Weg zu dem Schlosse ein. Die Pferde schossen in Todesangst dahin, und da wir so ritten, sah ich es mehr als einmal wie einen jagenden Schatten neben mir, grau im grauen Nebel. In unsäglicher Geduld eilte die Herde neben uns. Wir mußten in steter Bereitschaft sein. Von dem Major fiel einmal links ein Schuß, aber wir erkannten nichts, zum Reden war keine Zeit, und so langten wir an dem Parkgitter an, und wie wir hineindrangen, brachen die edlen, schönen, dahinter harrenden Doggen neben uns heraus, und in demselben Augenblicke scholl auch schon aus dem Nebel ihr wüthendes Heulen, hinter den Wölfen heidewärts schweifend.

„Sitzt alle auf," rief der Major den entgegeneilenden Knechten zu, „laßt alle Wolfshunde los, daß meine armen Doggen nichts leiden. Bietet die Nachbarn auf und jagt, so viel Tage ihr wollt. Ich gebe für jeden todten Wolf das doppelte Schußgeld, die ausgenommen, die an der Galgeneiche liegen; denn die haben wir selbst getödtet. An der Eiche liegt vielleicht auch eine der Pistolen, die ich voriges Jahr an Gustav geschenkt habe, denn ich sehe nur eine in seiner Hand, und das Sattelfach der andern ist leer; seht zu, ob es so ist."

„Seit fünf Jahren," sagte er, zu mir gewendet, da wir im Parke weiterritten, „hat sich kein Wolf so nahe zu uns gewagt, und es war sonst ganz sicher hier. Es muß einen harten Winter geben, und er muß in den nördlichen Ländern schon begonnen haben, daß sie sich bereits so weit herabdrücken."

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämmtliche in Lübeck.

beendet. Vielmehr haben sich die Ausständigen am Sonnabend mit großer Mehrheit gegen einen Vermittelungsvorschlag ausgesprochen, nach welchem für den 9stündigen Arbeitstag ein Lohn von 5,85 Fr. gezahlt werden sollte. Die Arbeiter bestehen auf einem Lohn von 6 Francs. 400 Militär-Effektenarbeiter und -Arbeiterinnen haben infolge Entlassung eines Werkmeisters die Arbeit niedergelegt und sich mit den ausständigen Dockarbeitern solidarisch erklärt.

England.

Verhaftung eines Anarchisten in Gibraltar. Während des jüngsten Aufenthalts König Eduards VII. in Gibraltar wurde dort, wie damals kurz von uns gemeldet wurde, ein Anarchist Namens Salomon (Siegfried) Nacht verhaftet, weil er verdächtig ist, ein Attentat auf den englischen König geplant zu haben. Wird die Anklage aufrecht erhalten, so wird er wahrscheinlich vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Nacht ist, wie aus London geschrieben wird, Sohn eines Arztes in Ost-Galizien und besuchte die technische Hochschule in Wien. Er arbeitete als Elektrotechniker zuerst in Wien, dann in Berlin (Siemens u. Halske, 1899 bis 1900), wo er, wie er sagte, „die Sozialdemokratie zu verachten gelernt hat.“ Von Berlin ging er nach Paris und wurde ein enthusiastischer Anhänger des Generalstreiks, von dem er alles Heil erwartet. Im Herbst 1901 kam er nach London, wo er etwa sechs Monate weilte. Er arbeitete hier in seinem Fache und benutzte seine freie Zeit zur Agitation für den Generalstreik. Ueber die Propaganda der That hat ihn der Schreiber dieser Zeilen nie reden hören. Von London begab er sich nach Spanien. Nacht ist eine krankhafte Natur, unklar im Denken und eines Attentatsversuchs ganz unfähig, dazu fehlt ihm die ruhige Entschlossenheit. Sind die englischen Behörden klug genug, diesen „Attentäter“ freizulassen, so wird er noch ein ganz guter Bourgeois und Marx Tödter werden.

Afrika.

Im Somalilande ist es bereits zu einem neuen Zusammenstoße zwischen den Engländern und den Anhängern des Mullah gekommen, bei dem die Engländer gesiegt haben wollen. „Reuters Bureau“ meldet aus Aden: General Manning hatte auf dem Marsche zur Befreiung des Obersten Cobbe einen Kampf mit den Streitkräften des Mullahs, von denen 2000 Mann getödtet wurden. Oberst Cobbe wurde befreit. Die britischen Verluste sind nicht bekannt.

China.

Die Mandschureifrage. „Standard“, „Morningpost“ und „Daily Chronicle“ drängen in Artikeln, welche gegen die russischen Forderungen bezüglich der Mandschurei gerichtet sind, die englische Regierung, eine entschlossene Haltung einzunehmen, und weisen auf die Wichtigkeit einer solchen angesichts des englisch-japanischen Bündnisses hin. Der „Stand.“ im besonderen hofft, die englische Regierung werde in Petersburg klarlegen, daß die Aufsaugung der Mandschurei nicht vollzogene Thatsache werden könne, ohne die gesammte Frage wieder aufzurollen und die Angelegenheit der Erledigung derselben wieder zu eröffnen, bei der die ganze zivilisirte Welt betheiligt sei. — Ueber die papierenen Prozesse wird Rußland einfach zur Tagesordnung übergehen. Selbst in amerikanischen Regierungskreisen neigt man bereits der Meinung zu, daß die Mandschurei für China hoffnungslos verloren ist.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 27. April 1903.

Auf zur Agitation für die Maifeier! Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Weltfest der Arbeit, dem 1. Mai; nur noch wenige Tage verbleiben uns zur Agitation für diesen einen Tag, der Millionen von Proletariern vereint in dem gleichen Gedanken, in dem gleichen Streben. Mehr denn je ist diesmal die Betheiligung an der Maifeier Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Ist doch die diesjährige Maifeier die Vorläuferin der Reichstagswahl. Am 16. Juni hat das deutsche Volk über sein Schicksal in den nächsten fünf Jahren zu entscheiden. Zwar ist von unserer Partei in der Agitation nichts versäumt worden; jede Gelegenheit haben wir benutzt, um die Wichtigkeit, die entscheidende Bedeutung der nächsten Reichstagswahl dem Volke vor Augen zu führen. Die Maifeier ist aber eine besonders gute Gelegenheit, Arbeiter, die sich sonst nicht um Politik kümmern, mit unseren Zielen bekannt zu machen, denn mehr oder weniger muß jeder Arbeiter Sympathie für eine Feier haben, die ausschließlich ihm als Arbeiter gilt, auf der lediglich von seinen Interessen gesprochen wird. Und die Erkenntniß, die der indifferente Arbeiter bei dieser Feier aus den Vorträgen geschöpft hat, die wird er dann am Wahltag praktisch bethätigen, indem er den Kandidaten der Sozialdemokratie wählt. — Deshalb, ihr Arbeiter und Parteigenossen, werbt mit aller Kraft unter den indifferenten Arbeitern und Arbeiterinnen, damit sie an der Feier theilnehmen. Keiner versäume diese Pflicht, deren Erfüllung uns der 16. Juni lohnen soll. Auf zur Agitation für die Maifeier!

Kartellversammlung. In der heute, Montag Abend stattfindenden Kartellversammlung findet die Wahl einer Hülfskraft für das Arbeiter-Sekretariat statt. Die Anwesenheit sämmtlicher Delegirten ist erwünscht.

Ein die Bedeutung der Reichstagswahlen behandelndes Flugblatt ist gestern von unseren Genossen mit der gewohnten Präzisität im gesammten Lübeckischen Staatsgebiet verbreitet worden. Hoffen wir, daß es gute Früchte trägt!

Niedriger gehängt sei folgende Notiz des hiesigen nationalliberalen Organs, der „Lübeckischen Anzeigen“:

„Die Arbeiter und die sozialdemokratischen Agitatoren. Im „Vogtländischen Anzeiger“ setzt ein früherer sozialdemokratischer Agitator seine vielbemerkten Charakteristiken der Sozialdemokratie fort und schreibt u. a.:

„Nimmt man die sozialdemokratischen Führer ernst, so kann man den Gedanken nicht von der Hand weisen, daß sie die Arbeiter immer unzufriedener machen wollen, um, wenn die Unzufriedenheit den Höhepunkt erreicht hat, die armen verführten Arbeiter vor die Mündungen der „Kleinkalibrigen“ zu bringen . . .

Ebenso wie sie andere, Unschuldige für sich ins Gefängniß gehen lassen, weil sie zu feige sind, das, was sie geschrieben, mit ihrem Namen zu decken, ebenso leichten Herzens würden sie die Arbeiter auch auf die Barrikaden führen, wenn heute nicht die Unmöglichkeit vorläge, daß ein derartiges Beginnen nur im geringsten Aussicht auf Erfolg hätte. Gewissensskrupel hätten die Herren sicher nicht. Die Arbeiter sind ihnen ja nur Mittel zum Zweck! Hat doch der Konsumvereinsdirektor Zöbisch in Plauen in einer öffentlichen Textilarbeiterversammlung ganz unverfroren erklärt: „Wenn der Arbeiter die paar Pfennige für den Beitrag nicht bezahlen kann, mag er den Strick nehmen!“

Treffend bemerken hierzu die „Hamb. Nachr.“: „Wir haben die sozialdemokratischen Agitatoren stets als Schmarotzer betrachtet, die sich mittelst des sauer verdienten und gewissenlos abgeschwindelten Arbeitergroschens ein gutes Leben bereiten und sich heimlich über die Dummheit und Vertrauensseligkeit der Spender ins Fäustchen lachen. Wir fragen uns: wer verdient mehr Prügel: die Leute, die früher den Ablaßkrämern mit ihrem Gelde nachliefen, oder die modernen Arbeiter, die ihre schwer erworbenen Markstücke in die Parteikasse werfen, aus der die Agitatoren alimentirt werden? In dieser Beziehung scheinen unsere Arbeiter nun einmal zu denen zu gehören, die nicht alle werden.“

Wir verzichten darauf, auf diese Beleidigungen zu antworten; dazu halten wir uns denn doch für zu gut! Wir fragen nur: Sind das die geistigen Waffen, mit denen man uns von nationalliberaler Seite bekämpft? Ist man dort denn wirklich nicht in der Lage, auf den Gebrauch des Schimpfwörterlexikons zu verzichten und uns in objektiver und anständiger Weise entgegenzutreten?

Die Kandidatur des Herrn Direktor Gebhard soll am Dienstag Abend in einer Versammlung des Reichsvereins, zu der nur die Mitglieder desselben und alle gleichgesinnten Reichstagswähler eingeladen sind, proklamirt werden. Die Zahl der in dieser Versammlung erscheinenden „Gleichgesinnten“ wird wohl nicht allzu groß werden.

Achtung Schuhmacher! Der Zuzug nach Lübeck ist bis auf Weiteres fernzuhalten.

Die Verstadtlichung der Straßenbahn scheint nun doch Thatsache zu werden. Wie nämlich bestimmt verlautet, sind die Verhandlungen soweit gediehen, daß ihr Abschluß demnächst erfolgt. Als Kaufpreis werden rund zwei Millionen Mark genannt. Die Uebernahme der Bahn seitens der Stadtgemeinde soll noch in diesem Jahre erfolgen. — Wir begrüßen diesen Schritt mit Freuden; birgt er doch eine Verwirklichung unserer diesbezüglichen Programmforderung in sich. So schreitet der Sozialisirungsprozeß in der heutigen Gesellschaftsordnung immer mehr vorwärts!

Zum Streik der Steinsetzer. Wie uns mitgetheilt wird, haben am Freitag Abend abermals Verhandlungen zwischen den Meistern und der Lohnkommission der Streikenden stattgefunden. Die Initiative dazu war von den Meistern ausgegangen. Leider haben die Verhandlungen zu keinem Ergebniß geführt, da die Angebote der Meister derartig winzige waren, daß die Vertreter der Arbeiter den Meistern erklären mußten, daß diese Angebote schwerlich auf Annahme bei den Ausständigen zu rechnen haben würden. Und thatsächlich hat die am Sonnabend Vormittag stattgefundene Versammlung denn auch die Angebote der Meister einstimmig abgelehnt, obwohl die Kommission ihren Bericht in durchaus objektiver Weise gab und nicht verfehlte, darauf hinzuweisen, daß bei einer längeren Dauer des Streiks noch kein Mensch sagen könne, welchen Verlauf derselbe nehmen würde. Haben sich die Vertreter der Arbeiter bisher redliche Mühe gegeben, den Meistern durch weitestgehendes Entgegenkommen annehmbare Vergleichsvorschläge zu machen, bei deren Annahme weder von Siegern noch von Besiegten die Rede sein könnte, so sei es bei einer längeren Dauer des Streiks wahrscheinlich, daß sich derselbe zu einer Machtfrage zuspitzt, bei welcher eben der Schwächere vollständig unterliegen würde. Trotz aller dieser Ausführungen lehnte, wie schon gesagt, die Versammlung die Vorschläge der Meister einstimmig ab. — Wenn wir nun das Angebot der Meister einer genaueren Prüfung unterwerfen, so muß man freilich auch zugeben, daß dasselbe die Arbeiter nicht befriedigen konnte. Die Meister erklärten, für dieses Jahr — und zwar vom 1. Juni ab — allen drei Kategorien (Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter) 2 Pfg. pro Stunde zulegen zu wollen; im nächsten Jahre sollten dann noch einmal die Rammer allein 3 Pfg. Lohnzulage pro Stunde erhalten, die übrigen Arbeiter aber leer ausgehen. Zur Ehre der Rammer soll es gesagt sein, daß gerade diese es waren, welche sich gegen eine derartige Regelung der Lohnfrage am schärfsten aussprachen. Die Kommission theilte weiter mit, daß sie ihrerseits den Meistern vorgeschlagen habe, in diesem Jahre 2 Pfg. und im nächsten durchweg 3 Pfg. Lohnzulage zu gewähren und dann den Vertrag auf die Dauer von drei Jahren abzuschließen, was doch auch für die Meister, wie diese auch unumwunden zugaben, von Vortheil wäre. Aber auch das lehnten dieselben ab. Ja, dieselben lehnten sogar den ungemein bescheidenen Vorschlag ab, die von den Meistern selbst vorgeschlagene Lohnerhöhung von 2 Pfg. für dieses Jahr vertraglich festzulegen und dann im nächsten Jahre von Neuem über die Lohnfrage in Unterhandlungen einzutreten! Vielleicht wurde dieser Vorschlag nur abgelehnt, weil er zu bescheiden war . . . . . An dem Angebot der Meister ersieht man aber zugleich so recht die Fadenscheinigkeit der Gründe, welche dieselben bisher gegen die Lohnforderung überhaupt angeführt haben. Zunächst behaupteten dieselben — was allerdings den Thatsachen nicht entspricht — daß die Lohnforderung zu spät eingereicht worden sei. Auf die Frage, was denn die Meister daran hindere, wenn sie doch einmal im nächsten Jahre daran gehen wollen, bei den Behörden auf die Erhöhung der angeblich jetzt zu niedrigen Pflasterpreise hinzuwirken, dann auch dahin zu wirken, daß die durch ihr eigenes Verschulden so herabgedrückten Preise gleich so weit erhöht würden, daß alle drei Arbeiterkategorien in den Genuß der zweiten Lohnerhöhungsrathe von 3 Pfg. treten könnten, auf diese Frage hatten die Herren Meister keine Antwort. Oder doch! — Einer der Herren platzte im Uebereifer mit der Antwort heraus: „Wir wollen nicht die Besiegten sein!“ — Und das ist denn auch der wahre Grund. Diese Antwort deckt sich genau mit dem, was ein anderer Meister schon in den ersten Stadien der Bewegung erklärte: „Wir wollen nicht bewilligen!“ Dabei gaben aber diese selben Herren im Laufe der Verhandlungen auf direktes Befragen ausdrücklich zu, daß die geforderten Lohnsätze an sich durchaus nicht zu hohe seien, sondern daß alle im hiesigen Steinsetzergewerbe Beschäftigten diese Lohnsätze sehr wohl verdienten! Die durch die gesammte Lohnerhöhung eventuell bedingte Preiserhöhung würde sich für den ganzen Quadratmeter Pflaster auf — 5 Pfennig belaufen! Nehmen wir an, die Stadt Lübeck läßt jährlich 30 000 Quadratmeter Pflaster ausführen, so würde sich die Mehrausgabe auf 1500 Mark belaufen. Dies jedoch nur dann, wenn es wirklich wahr ist, daß die Meister bei den jetzigen Preisen den geforderten Lohn nicht zahlen können, was aber erst noch bewiesen werden müßte. Wir werden nun in einer der nächsten Nummern die Frage erörtern, welche sozialen Verpflichtungen sich für die hiesigen Behörden — die eigentlichen Arbeitgeber der Steinsetzer und Berufsgenossen, denn die Meister sind im Grunde genommen nur Stellenvermittler — welche Pflichten sich für Senat und Bürgerschaft ergeben, wenn es wahr ist, wie die vier in Betracht kommenden Steinsetzmeister bunt durcheinander behaupten:

1. daß sie die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen können;
2. daß sie die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen wollen; oder
3. daß sie die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen dürfen,

wie das von einem Meister ebenfalls erklärt worden ist. Für heute wollen wir uns darauf beschränken, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Steinsetzer und Berufsgenossen, wie sie sich nach der Bewilligung sämmtlicher Forderungen derselben gestalten würden, in Vergleich zu stellen mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen derselben Arbeiter in einer Reihe anderer Städte. Bemerken wollen wir dabei gleichzeitig noch, daß durch eine seit 14 Jahren alljährlich veranstaltete Statistik im Steinsetzergewerbe festgestellt ist, daß die Dauer der Arbeitsperiode in diesem Berufe sich nur auf 32 Wochen im Jahre beläuft. Die Richtigkeit dieser Zahlen haben die Steinsetzmeister in der fraglichen Sitzung ebenfalls rückhaltlos zugestanden. Sehen wir also zu, wie es anderwärts aussieht. In Hamburg erhalten die Steinsetzer bei 9½ stündiger Arbeitszeit 60 Pf., die Rammer 55 Pf. (die letzteren beanspruchen hier nur 45 Pf.) Dabei ist aber die Arbeitsleistung dort um 25 bis 40 Proz. niedriger wie hier! Also selbst wenn die geforderten Löhne hier bewilligt sind, verdient der Steinsetzer in Hamburg noch immer ca. 40 bis 50 Proz. mehr, wie in Lübeck. Bei den Rammern ist der Unterschied noch weit größer. Während hier der Steinsetzer täglich mindestens 30, durchschnittlich sogar 33 bis 35 Quadratmeter Reihenpflaster leistet und leisten muß, werden es in Hamburg deren höchstens 20. Und wenn auch die Arbeiten in Hamburg wesentlich sorgfältiger und gewissenhafter und damit auch dauerhafter ausgeführt werden, als das — anderswo der Fall ist, so läßt sich doch die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß hier bei der physisch weit höheren Arbeitsleistung der Arbeiter auch gezwungen ist, weit höhere Ausgaben für die Erhaltung und den Ersatz der verausgabten Arbeitskraft machen zu müssen. Und das haben auch die Steinsetzmeister ebenfalls zugegeben. In Altona und Wandsbek stehen die Löhne auf derselben Höhe, wie in Hamburg, desgleichen in Pinneberg. Kiel zahlt höhere Löhne als Lübeck, desgleichen Harburg. In Berlin steht der Mindestlohn für Steinsetzer auf 75, für Rammer auf 55 Pfg. In Potsdam auf 70 bezw. 50 Pfg. Brandenburg 65 bezw. 50 Pfg. In Rathenow, Bromberg, Königsberg i. Pr., Posen, Strasburg (Uterm.), Barby (Pr. Sachsen), Dresden, Leipzig, Breslau, Stettin, Stargard i. P., Rostock u. s. w., in welchen Orten dem Arbeiter zum Theil ein billigeres Wohnen und eine billigere Lebenshaltung gewährt wird als in Lübeck, steht der Lohn für die Arbeiter des Steinsetzergewerbes heute schon auf der Höhe und darüber, als die hiesigen Steinsetzer und Berufsgenossen beanspruchen. Und wenn nun trotz alledem die „Lübecker Anzeigen“ ihre soziale und publizistische Aufgabe darin erblicken, die Meister gegen die Arbeiter scharf zu machen, so läßt das auf den sozialen Tiefstand, wenn nicht gar Impotenz, schließen, der in der Geisteswerkstätte — man verzeihe das stolze Wort, wir haben augenblicklich kein bescheideneres und passenderes zur Verfügung — dieses Organs herrscht. Aber großmüthig, wie wir auch dem schäbigsten Gegner gegenüber sind, werden wir uns die Mühe nicht verdrießen lassen, in unserem nächsten Artikel, der sich mit dem Streik der Steinsetzer vom öffentlich-rechtlichen und kommunal-sozialpolitischen Standpunkt beschäftigen soll, auch diesem Organ eine kleine Gratisvorlesung über die sozialen Pflichten von Staats- und Kommunalbehörden bei der Vergebung und Ausführung öffentlicher Arbeiten zu halten. Für das genannte Scharfmacherorgan scheinen das bisher böhmische Dörfer gewesen zu sein. Hoffentlich ist das Blatt noch nicht so weit herab gesunken, daß es überhaupt nicht mehr soziale Anschauungen haben darf.

Den Bürgereid leisteten Sonnabend abermals 121 Personen.

Maurer und Zimmerer! Haltet den Zuzug nach Schwartau fern! Falle Keiner seinen um eine geringe Lohnerhöhung kämpfenden Kollegen in den Rücken!

Handelsregister. Am 22. April 1903 ist eingetragen: 1) die offene Handelsgesellschaft unter der Firma Fr. Ewers u. Sohn in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter: H. P. F. Ewers, Kaufmann in Lübeck. C. F. Ewers, Kaufmann und Senator in Lübeck. Die Gesellschaft hat am 21. April 1903 begonnen. 2) die Firma Wilhelm Vick in Rostock mit Zweigniederlassung in Lübeck. Inhaber: W. Fick, Kaufmann in Rostock. Dem Kaufmann C. Busch zu Rostock ist Prokura ertheilt. 3) die Firma Heinrich Diercks in Lübeck. Inhaber: H. C. J. Diercks, Lotterie-Kollekteur in Lübeck.

Das Schulgeld für sämmtliche Schulen für das erste Vierteljahr des Schuljahres 1903/4 ist bis zum 8. Mai an den Wochentagen Vormittags von 9—1 Uhr und Nachmittags von 3—5 Uhr im Amtszimmer des Rechnungsführers, Glockengießerstraße 4, unter Vorlegung der Schulgeldquittungsbücher zu entrichten.

Zuzug von Steinsetzern, Rammern und Hülfsarbeitern nach Lübeck ist fernzuhalten!

Das Erlöschen der Firma Friedrich Holder ist in das Handelsregister eingetragen worden.

Güterrechtsregister. Am 23. April 1903 ist eingetragen, daß die Eheleute Privatier W. H. R. Zessin und L. H. geb. Berger in Lübeck durch Vertrag vom 2. Januar 1900 Gütertrennung vereibart haben.

pb. **Koffердiebstahl.** Freitag Nachmittag wurde auf dem Grundstück Kaiserstraße 7 (früher Tivoli) ein grauer Handkoffer mit schwarzen Eisenblechecken und Ledergriffen gefunden, der augenscheinlich gewaltsam geöffnet ist. Der Koffer, welcher innen mit grauem, roth und weißgestreiftem Papier ausgeklebt ist, enthielt 22 Packete Schnellputzpulver mit der Firma „G. A. Glasey, Nürnberg“, 4 anscheinend noch nicht benutzte Seifennapfdeckel aus Porzellan, eine kleine Menge Holzwolle und einen Blechrahmen. Der Koffer dürfte gestohlen und von dem Diebe, weil er nichts für ihn Brauchbares enthielt, an der Fundstelle zurückgelassen zu sein.

pb. **Fahrradliebhaber.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Kellner von hier, der sich in dem Restaurant, in welchem er thätig war, ein von einem Gaste in Verwahrung gegebenes Fahrrad rechtswidrig aneignete.

Krummesse. Den Wählern vorgestellt hat sich gestern im Krummesser Baum Genosse Th. Schwartz, der in ca. 1½ stündiger Rede den zahlreich Versammelten

— es waren etwa 150 Personen erschienen — die Thätigkeit des zu Ende gehenden Reichstages klarlegte und unter lebhaftem Beifall aufforderte, am 16. Juni den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen. Die Stimmung der Versammlung war eine vorzügliche.

Schwartau. Ein frechterliches Verbrechen am Kapital hat der Schmiedemeister Bernitt in Seeretz begangen, indem er einen Schulkollegen, der zu den hiesigen streikenden Maurern gehört, ein bischen Flickarbeit an seinem (B.'s) Hause, hat verrichten lassen. Ohne Argwohn, nur in dem Bewußtsein, die Anwesenheit seines anwesenden Schulfreundes ausnutzen zu wollen, hat B. die unbedeutende Arbeit von dem Streikenden ausführen lassen. Von diesem Verbrechen erhielt der Obermeister der Innung „Bauhütte" in Schwartau Kenntniß; flugs setzte er sich auf den Hosenboden und übermittelte dem „Verbrecher" folgende Anklageschrift:

Schwartau, d. 23. 4 03.

Herrn Bernitt, Schmiedemeister

Seeretz.

Da ich in Erfahrung gebracht habe, daß Sie den Maurergesellen Evers, welcher wegen Lohndifferenzen mit der hiesigen Bauhütte in den Streik getreten ist, in Beschäftigung genommen haben, so theile ich Ihnen hierdurch mit, daß ich die bei Ihnen in Aussicht gestellte Arbeit nicht ausführen werde und sich nach einem anderen Unternehmer umsehen müssen. Ich hätte von Ihnen als Meister nicht erwartet, daß Sie gegen Meister, wenn auch anderen Berufs, so vorgehen würden. Ich werde natürlich meine Arbeiten auch anderswo anfertigen lassen.

Hochachtend
(gez.) G. Menschel,
Zimmermeister.

Durch solches Vorgehen werden auch denjenigen Meistern, welche bisher immer noch am Strange der Scharfmacher zogen, die Augen geöffnet.

Eutin. Das Volks- und Erinnerungsfest findet in diesem Jahre am 12. und 13. Juli statt.

Eutin. In die Wählerlisten zur Reichstagswahl sind 1090 Wähler der Stadt Eutin eingetragen. Hiervon entfallen auf den ersten Bezirk 483 und auf den zweiten 607 Wähler.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Verhandlungen zwischen der Schuhmacher-Innung in Hamburg-Altona und den Gehülfen vor dem Einigungsamt angerufenen Gewerbegericht sind vollständig resultatlos verlaufen. Es werden daher, falls bis dahin eine Aenderung der Sachlage nicht eintritt, am Montag die Schuhmacher in Hamburg und Altona-Ottensen die Arbeit niederlegen. — Die Lohnbewegung der Wandsbeker Gärtner hat mit einer Niederlage geendet. — In Geestemünde müssen die Genossen den 1. Mai ohne Tanz feiern, weil die Behörde die Entdeckung gemacht hat, daß derselbe auf einen Freitag fällt und „im diesseitigen Bezirk Tanzerlaubnisse an Wochentagen überhaupt nicht ertheilt werden". Deswegen bleibt der erste Mai doch ein Feiertag und zwar der größte Feiertag des Proletariats!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf dem im Hamburger Segelschiffhafen liegenden englischen Dampfer „Sidra" ereignete sich am Donnerstag ein schrecklicher Unglücksfall. Beim Löschen des Dampfers brach das Windetau und eine Hieve mit Brettern fiel zwei an der Luke stehenden Schauerleuten auf den Kopf. Der eine, Karl Siebert, war sofort todt; der zweite, Anton von Osowsky, starb nach wenigen Stunden. — In einer Altonaer städtischen Kasse sind grobe Unregelmäßigkeiten entdeckt worden, die das Tagesgespräch bilden. Gegen den Beamten, der in dieser Sache der Schuldige sein soll, konnte bislang nicht vorgegangen werden, weil er schwer krank darnieder liegen soll. Ein anderer Beamter ist wegen Mißbrauchs des in ihn gesetzten Vertrauens schon vor einiger Zeit vorläufig vom Amte suspendirt worden.— Auf dem Rittergut Hoikendorf b. Grevesmühlen wurde einem Arbeiter von der Häckselmaschine die linke Hand vollständig abgetrennt. — In Markow-Mühle bei Stavenhagen gerieth der 6jährige Sohn des Mühlenbesitzers Hoppe in das große Wasserrad der Mühle und wurde durch dasselbe erdrückt. — Aus Bremen liegt folgende Meldung vor: Die Rettungsstation der Treptower-Deep-Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger meldet nachträglich: Am 19. April von der hier gestrandeten Fischerquatze „Louis", Schiffer Dailke, mit Fischen von Kalmar nach Stettin bestimmt, 3 Personen durch den Raketenapparat der Station gerettet.

Altona. Muthmaßlicher Mörder verhaftet. Auf Requisition der Kgl. Staatsanwaltschaft in Kiel verhaftete die Altonaer Kriminalpolizei Sonnabend vormittag den Arbeiter Wilhelm Loop aus Bramstedt. Derselbe ist dringend verdächtig, das seit November v. J. verschwundene und kürzlich in Neumünster als Leiche in einer Sandgrube aufgefundene 12 Jahre alte Mädchen Grelck aus Neumünster ermordet zu haben. Loop wohnte bis vor einigen Monaten in Neumünster und ist dann nach Altona verzogen. Er ist bereits zweimal wegen schweren Sittenverbrechens gegen Mädchen mit Zuchthaus vorbestraft.

Kiel. Der letzte Prozeß, der der Zeit der Aussperrung der Kieler Bauhandwerker seine Entstehung verdankt, gelangte vor dem Schwurgericht zur Verhandlung. Angeklagt war der aus Erfurt gebürtige Zimmerer Aug. Heinze. Der Angeklagte sollte am 25. Juli v. Js. in Neumünster bei der Durchreise einem Lederarbeiter erzählt haben, daß er am 27. Juni den Platz des Zimmermeisters Hartz in Gaarden in Brand gesetzt, wobei Menschenleben gefährdet waren, ferner den aus theurem Holz angefertigten Parkettfußboden einer Villa mit Karbolineum begossen und endlich an einer am Hafen stehenden Pumpe die Schläuche zerschnitten hätte. Da allem Anscheine nach nur eine elende Renommisterei vorlag, wurde der seit 8 Monaten in Untersuchungshaft befindliche Zimmerer freigesprochen.

Lübecker Marktpreise vom 25. April.

Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mk., Hasen Stck. —,— Mk., Enten Stck. 3,50 Mk., Hühner Stck. 2,00 Mk., Küken Stck. —,— Mk., Tauben Stck. 0,55 Mk., Gänse Pfd. —,— Pf., Flickgans —,— Mk., Schweinskopf Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 0,85 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk. Eier 12 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Waren Sie schon im

Erfrischungs-Raum??

Kaffee mit Schlagsahne . . .
Chocolade mit Schlagsahne .
Cognac, Liqueur, Weine . . .

Einheitspreis **10** Pfg.

Warenhaus Hansa.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

C. A.
Heute Montag Abend 8½ Uhr im Vereinshaus.

Reichstagswahlkomitee.
Dienstag Abend 8½ Uhr.

Märzfeier-Komitee.
Sitzung Mittwoch den 29. April, Abends 8½ Uhr

Maifeier-Komitee.
Dienstag den 28. April, Abends, im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

G. V.

Morgen Dienstag, Abds. 8½ Uhr.

Gutes Logis, Wohn- und Schlafzimmer, Woche 2,50 Mk. Hüxstraße 119, II

Gesucht für sofort
ein Tabackschneider-Lehrling.
Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Lubera" G. m. b. H.

Große Auswahl.
Billige Preise.
Tapeten
Kaffen-Drogerie
Gg. Bornhöft
(vorm. W. G. Böhndel)
Untertrave 44/45, b. d. Drehbr.

Liebknecht's
Fremdwörterbuch
in 13 Lieferungen à 20 Pfg.
Gebd. 3,50 Mk.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Das
Handbuch
für sozialdemokratische Wähler
— herausgegeben vom sozialdemokratischen Parteivorstand —
ist erschienen
und werden die Parteigenossen, welche ein solches wünschen, ersucht, die Bestellung recht bald bei uns oder unseren Kolporteuren aufzugeben.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Zum 1. Mai
bringe allen diesen Tag Feiernden meine schön gelegene
Gastwirthschaft
nebst bedeutend vergrößertem **Garten** und **Spielplatz** für die Jugend in freundliche Erinnerung und lade Freunde und Gönner zum Besuche ein.
Für gute Speisen und Getränke, sowie freundliche Bedienung ist bestens gesorgt.
Fr. Muuss in Israelsdorf.

Socialdemokratisches
Reichstags-Handbuch
von **Max Schippel,** Mitglied des Reichstags.
Ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der deutschen Reichspolitik.
Für Jedermann unentbehrlich.
Erscheint in ca. 35 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Achtung!
General-Probe der Arbeiter-Gesang-Vereine
am Mittwoch den 29. April, Abds. präz. 8½ Uhr,
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.
Der Obmann.

Henkels Bleich-Soda

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Achtung!
Zimmerer der Zentral-Kranken- und Sterbekasse.

General-Versammlung
am Dienstag den 28. April
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Vierteljährliche Abrechnung.
2. Delegirtenwahl zur Außerordentlichen Generalversammlung zu Frankfurt a. M.
3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Freiwill. Kranken- u. Sterbekasse
(E. H. Nr. 6) in Lübeck.

General-Versammlung
am Mittwoch den 29. April
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Holzarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 28. April
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Sommervergnügen.
2. Kartellbericht.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Lokalverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur für den gesammten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling — Verleger: Theodor Schwartz
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.